

## REZENSIONEN

### A. Allgemeines

VSWG 105, 2018/4, 549–550

Heide Barmeyer-Hartlieb (Bearb.)

#### **Die Tagebücher des Ludwig Freiherrn Vincke 1789–1844. Bd. 10: 1830–1839**

(Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Abteilung Münster 10). Aschendorff, Münster 2018, 949 S., 88,00 €.

Der aus einem alten westfälischen Adelsgeschlecht stammende Ludwig Freiherr von Vincke amtierte nach 1815 fast drei Jahrzehnte lang als überaus populärer Oberpräsident der neuen preußischen Provinz Westfalen. Nach den bisher erschienen fünf Bänden seines seit 1789 geführten Tagebuches liegt nun eine weitere, ausführlich und kenntnisreich kommentierte Edition der Tagebücher aus den 1830er Jahren vor. Vinckes Tätigkeit als ein zwischen Paternalismus und Liberalismus stehender Oberpräsident ist bereits in zahlreichen Arbeiten gewürdigt worden und auch die Edition bestätigt dieses bisherige Bild. Dennoch gibt die Lektüre der ursprünglich nur für den privaten Gebrauch verfassten Tagebücher Vinckes nochmals an vielen Stellen einen weiterführenden Einblick in das öffentliche Wirken dieses Beamten sowie in seine Stellung innerhalb der preußischen Staatsverwaltung. Der Erkenntnisgewinn der Edition besteht, wie die Bearb. in der ausführlichen Einleitung zu Recht betont, besonders darin, dass die Eintragungen den „normalen“ Verwaltungsalltag in einer Provinz dokumentieren, in der sich die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Umbrüche des Vormärz bereits deutlicher widerspiegeln als in anderen Teilen des Deutschen Bundes. Obwohl Vincke die politischen Entwicklungen in Europa und die innerpreußischen Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs nur wenig kommentiert und stets seine Loyalität gegenüber dem Monarchen betont, wird das Spannungsverhältnis zu den hochkonservativen Kräften um Innenminister von Rochow doch an mehreren Stellen deutlich.

Zeitgemäße Reformen und die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung waren angesichts der neuen Herausforderungen durch die französische Julirevolution für eine Politik der Revolutionsprävention nach Ansicht Vinckes die besseren Mittel als alle Repressionsmaßnahmen. Deshalb arbeitete er, wie aus den Tagebüchern eindrucksvoll hervorgeht, unermüdlich an zahlreichen Strukturverbesserungen in seiner Provinz. Selbst körperliche Beschwerden konnten den von einem pietistischen Arbeitsethos geprägten Vincke nicht davon abhalten, seine Provinz zu bereisen, Missstände zu erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Welch enorme Bedeutung dabei dem Verkehrswesen zufiel und wie viele Initiativen Vincke für den Straßenbau, die Schifffahrt auf Flüssen und Kanälen, den Hafenausbau und schließlich den Eisenbahnbau ergriff, wird an vielen Stellen der Tagebücher ebenso anschaulich dokumentiert wie sein Interesse an neuen Fabriken und technischem Fortschritt. Auch wenn der Oberpräsident in der Industrialisierung das beste Mittel sah, um das aus Bevölkerungswachstum und Verfall alter Gewerbe resultierende Massenelend zu überwinden, so trug schon seine religiöse Prägung dazu bei, dass sich Vincke immer wieder auch mit den sozialen Verwerfungen des Vormärz beschäftigte. Er kritisierte das so genannte Trucksys-

tem und widmete sich ausführlich der Frage, wie der Niedergang des alten Leinengewerbes aufzuhalten sei. Darüber hinaus vermitteln die Tagebücher auch anschauliche Belege dafür, wie intensiv der Oberpräsident die Förderung der Landwirtschaft betrieb und wie sehr er auch auf diesem Feld den Weg Westfalens in die Moderne forciert hat. Seine unermüdliche Tätigkeit steigerte die Popularität Vinckes und machte ihn geradezu zu einer Identifikationsfigur seiner Provinz, wenngleich die Tagebücher zugleich die Distanz Vinckes zur traditionellen katholischen Lebenswelt deutlich werden lassen. Das Verhalten, das der aus Westfalen stammende neue Kölner Erzbischofs Droste-Vischering in der Mischehenfrage an den Tag legte, wird von Vincke heftig kritisiert, zugleich begrüßt er dessen Verhaftung, beklagt die Proteste der katholischen Bevölkerung und vor allem ein mangelndes Pflichtgefühl des katholischen Adels gegenüber dem preußischen Staat. Die Tagebücher sind schließlich aber nicht nur in Bezug auf das öffentliche Wirken Vinckes von Interesse. Sie eröffnen zugleich eine Fülle von Einblicken in die tiefe Religiosität des Oberpräsidenten, der nicht nur regelmäßig den Gottesdienst besuchte, sondern viele Predigten auch kommentierte sowie in die gesellschaftlichen Kontakte eines gegenüber der bürgerlichen Welt sehr offenen westfälischen Adligen. Vor allem aber geben die Tagebücher darüber Aufschluss, wie Vincke trotz seiner enormen Arbeitsbelastungen immer wieder bestrebt war, auch seinen familiären Verpflichtungen nachzukommen. Dies zeigt sich bei der Unterstützung seiner Kinder aus der ersten Ehe ebenso wie bei der Sorge um die in der zweiten, 1830 eingegangenen Ehe geborenen Kinder.

Angesichts der Vielfalt der Aspekte sind Vinckes Tagebücher aus den 1830er Jahren somit eine wichtige Quelle zu den Umbruchsprozessen des Vormärz, deren Edition nur zu begrüßen ist.

HANS-WERNER HAHN

Asslar

VSWG 105, 2018/4, 550–552

Michele Barricelli / Michael Jung / Detlef Schmiechen-Ackermann (Hg.)  
**Ideologie und Eigensinn. Die Technischen Hochschulen in der Zeit des Nationalsozialismus**

(Schriften zur Didaktik der Demokratie 1). Wallstein, Göttingen 2017, 303 S., 29,90 €.

Die Rolle der Technischen Hochschulen in der Zeit des Nationalsozialismus beziehungsweise, um es schärfer zu fassen, deren Beitrag zur „Machtergreifung“ an den deutschen Universitäten, war jahrzehntelang ein Desiderat der Forschung. Das lag auch daran, dass es nach 1945 den Technischen Hochschulen beziehungsweise deren Repräsentanten überwiegend gelang, die eigene Vergangenheit zu vernebeln, ihr Wirken als politikfernes Expertentum zu kaschieren, sich sogar zu Gegnern des Nationalsozialismus zu stilisieren.

Der vorliegende Sammelband bietet in gewisser Weise eine Bestandsaufnahme der einschlägigen Forschungen der letzten Jahrzehnte, die – wenn man einmal von dem von Reinhard Rürup herausgegebenen, 1979 erschienenen zweibändigen Werk zur Geschichte der TU Berlin absieht – erst in den 1990er Jahren einsetzte. Der Schwerpunkt liegt deutlich auf der TH Hannover, der heu-

tigen Leibniz Universität Hannover. Erfreulich ist, dass mit der TH Wien auch eine österreichische Hochschule behandelt und damit der Bedeutung Österreichs für das Thema Rechnung getragen wird. Nicht ganz erschließt sich, warum zwei inhaltlich zweifellos interessante und weiterführende studentengeschichtliche Beiträge aufgenommen wurden, die die Universitäten Rostock und Jena zum Gegenstand haben.

Der Band gliedert sich in fünf Großkapitel: In Teil I gibt Michael Grüttner nach dem obligatorischen Einführungsbeitrag der Herausgeber eine ausgezeichnete Einführung in die NS-Wissenschaftspolitik, während Bernd Söseman die Wahrnehmung des akademischen Lebens in der NS-Zeit am Beispiel Victor Klemperers, der bekanntlich an der TH Dresden lehrte, behandelt. Teil II thematisiert die Personalpolitik der Technischen Hochschulen Berlin-Charlottenburg, Wien und Hannover, Teil III die Rolle der Studenten an den Technischen Hochschulen Hannover und Danzig sowie, wie bereits erwähnt, an den Universitäten Jena und Rostock. Teil IV nimmt die wissenschaftliche Forschung in den Blick, die vor allem auf ihre Verwertbarkeit im Hinblick auf Rüstung und Kriegführung ausgerichtet war. In Teil V wird die Nachkriegszeit am Beispiel der TH Braunschweig und der TH Darmstadt sowie, was wiederum nicht so recht hereinpasst, der Universität Göttingen in den Blick genommen. Hier wird sehr deutlich, warum sich die Technischen Hochschulen so lange einem kritischen Blick auf ihre Vergangenheit verweigerten, bedeutete das Jahr 1945 doch für jene keine wirkliche Zäsur. Es gab zwar Remigrationen und Rückberufungen, aber im Wesentlichen herrschte doch personalpolitische Kontinuität. Rückkehrer sahen sich deshalb nicht selten mit Kolaborateuren und Profiteuren des NS-Regimes konfrontiert.

Es würde den Rahmen dieser Rezension sprengen, alle Beiträge zu würdigen. Es sollen deshalb drei besonders hervorgehoben werden: erstens Helmut Maiers ausgezeichnete Untersuchung der Rüstungsforschung an den Technischen Hochschulen. Er vermag nicht nur zu zeigen, dass diese massiv von der Zusammenarbeit mit dem NS-Staat profitierten, sondern der auf diese Weise erreichte Innovationsschub auch noch in die Nachkriegszeit hineinwirkte. Insofern verwundert es eigentlich nicht, dass die Verantwortlichen an einer kritischen Reflexion ihres Handelns vor 1945 kein Interesse hatten. Wie mit dieser Vergangenheit konkret umgegangen wurde, zeigt eindrucksvoll Isabel Schmidt am Beispiel der TH Darmstadt: Dort gelang es zum einen, das eigene Handeln zwischen 1933 und 1945 zu beschönigen und sich sogar zu einer gleichsam oppositionellen Hochschule zu stilisieren, zum anderen aber einen restriktiven Kurs im Hinblick auf die Wiedereinstellung von Wissenschaftlern zu fahren, die in der NS-Zeit vertrieben worden waren. Das eine stand mit dem anderen in einem offensichtlichen Zusammenhang. Ferner sei verwiesen auf den interessanten Beitrag von Anette Schröder über die Rolle der studentischen Korporationen und deren Verhältnis zum NS-Studentenbund an der TH Hannover. Die Autorin nimmt hier nahezu ausschließlich die dort dominierenden schlagenden Korporationen in den Blick, nicht behandelt wird das in Hannover nicht ohne Grund schwache jüdische und das ebenfalls randständige, aber personell stärkere katholische Verbindungswesen. Trotz vorhandener terminologischer Schwächen – so ist etwa der Begriff Corpsbrüder (S. 137) korrekt nur anwendbar auf Mitglieder von Corps – legt Schröder sehr gut dar, dass es trotz der Konkurrenzsituation zum NS-Studentenbund bis 1933 eine große Schnittmenge an weltanschaulichen Gemeinsamkeiten zwischen diesem und den schlagenden Verbindungen gab. Dass die Entwicklung nach 1933, die zunächst zur Gleichschaltung und dann zur Auflösung der aktiven Verbindungen führte, diese enttäuschte, belegt, dass der totalitäre Anspruch des NS-Regimes von jenen nicht verstanden wurde. Etwas kurz und bisweilen holzschnittartig werden

die ab 1937 neu gegründeten NS-Kameradschaften abgehandelt. Hier hätte man Kontinuitäten und Neubeginn, v. a. was deren Verhältnis zu den fortbestehenden Altherrenverbänden der schlagenden Verbindungen anbelangt, genauer herausarbeiten können. Schröders Beitrag ist ein gutes Beispiel dafür, dass der möglicherweise etwas befremdlich wirkende Übertitel „Ideologie und Eigensinn“ von den Herausgebern gut gewählt ist, verweist er doch auf etwas ganz Grundlegendes: Dass nämlich institutioneller und korporativer Eigensinn nicht mit oppositionellem Verhalten oder gar Widerstand gleichgesetzt werden darf.

MATTHIAS STICKLER

Würzburg

VSWG 105, 2018/4, 552–554

Eckhard Hansen u. a. (Bearb.)

**Sozialpolitiker in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus 1919 bis 1945 (Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1871 bis 1945 2). Kassel U. P., Kassel 2018, 255 S., 29,00 €.**

Was treibt den Sozialstaat? Diese Frage hat Stephan Lessenich mit fünf Stichworten beantwortet: Funktionen, Interessen, Institutionen, Geschlechterverhältnisse, Ideen. Ob und wie solche Triebkräfte wirksam werden, hängt jedoch immer von einem weiteren Faktor ab: von deutenden, handelnden und entscheidenden Akteuren. Auf diesen unabdingbaren personalen Aspekt ist der Blick eines Nachschlagewerks gerichtet, das – herausgegeben von Eckhard Hansen und Florian Tennstedt – die Geschichte des deutschen Sozialstaats vom Ursprung im Kaiserreich bis zum Ende des NS-Regimes biographisch-lexikalisch erschließt. Der erste Band, der von 1871 bis 1918 reicht, ist im Jahr 2010 erschienen. Der jetzt vorliegende, das Projekt abschließende Band führt von 1919 bis 1945.

Dieser Band erfasst 231 Personen (das Gesamtwerk rund 500 Personen), die zu den Gestaltern der deutschen Sozialpolitik gerechnet werden können. Das Akteursfeld ist weit gefasst: Parlamentarier, Ministerialbürokratie, Vertreter einer Vielfalt von Vereinen und Verbänden (darunter auch Kommunalverbände; bei den Wohlfahrtsverbänden sind z. B. auch die Zentrale Wohlfahrtsstelle der deutschen Juden und die Rote Hilfe einbezogen), sowie Wissenschaftler, insbesondere aus den Bereichen Arbeitsrecht, Nationalökonomie und Medizin. Für die NS-Zeit treten Funktionäre von NS-Massenorganisationen hinzu. Viel Mühe haben sich die Herausgeber mit der Definition der Auswahlkriterien gegeben, so dass die Benutzer recht genau nachvollziehen können, welche Merkmale für die Aufnahme in das „Biolex“ entscheidend waren. Die weitgehende Formalisierung des Suchrasters sorgt für einen hohen Systematisierungsgrad, was den wissenschaftlichen Wert des Lexikons steigert. Den Nachteil, dass bedeutende Akteure in besonders gelagerten Fällen nicht durch das formale Raster erfasst werden, gleichen die Herausgeber durch flexible „Setzungen“ aus – eine kluge Entscheidung.

Die Kurzbiographien folgen ebenfalls einer klaren Systematik: Angaben zur sozialen Herkunft,

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

Daten zur beruflichen beziehungsweise politischen Karriere (bzw. in der NS-Zeit: zu den Stationen der Verfolgung), Ehrenämter und Mitgliedschaften, Auszeichnungen, Profilskizze der sozialpolitischen Aktivitäten (womöglich mit genauer Zuordnung zur Genese von Gesetzen bzw. Verordnungen), Publikationen der jeweiligen Person, Literatur- und Quellenhinweise. Hervorzuheben ist, dass jeweils auch auf Angaben zu Auslandskontakten geachtet wird und die Biographien grundsätzlich über die Zäsur von 1945 hinausführen – mit Informationen zum Entnazifizierungsverfahren und zum Berufsweg im Westen oder Osten Deutschlands bzw. zum Wirken von Emigranten im Ausland. Insgesamt beeindruckt die Intensität der großenteils archivalischen Recherchen, mit denen die Bearbeiter diesen biographischen Wissensspeicher gefüllt haben.

Um die Rahmenbedingungen der „agency“ der erfassten Akteure zu erläutern, skizziert die Einleitung die Hauptzüge der sozialrechtlichen Entwicklung in der Weimarer Republik und der NS-Zeit, ebenso das institutionelle Gehäuse der Sozialpolitik, insbesondere den Zuschnitt und den Zuständigkeitswandel des Reichsarbeitsministeriums, das „bis weit in die NS-Zeit hinein den Mittelpunkt der Sozialpolitik bildete“ (S. XIII). Auf den von Alexander Nützenadel 2017 herausgegebenen Sammelband „Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus. Verwaltung – Politik – Verbrechen“ konnten die Bearbeiter wegen der Überschneidung der Erscheinungstermine nur am Rande hinweisen. Es empfiehlt sich daher, beide Werke ergänzend und vergleichend heranzuziehen. In dem Sammelband erfährt man viel mehr über das Reichsarbeitsministerium als Teil der Besatzungsverwaltung mitsamt der Rekrutierung von Zwangsarbeitern als im „Biorex“, wo dieser Aspekt immerhin über die Biographien von Max Timm, Hubert Hildebrandt, Walter Stothfang und einigen anderen erkennbar wird. „Biorex“ kann mit seinem lexikalischen Gebrauchswert trumpfen, doch bieten die akteurszentrierten Passagen des Sammelbandes mitunter dichtere Auskünfte. So erfährt man z. B. nur hier, dass Johannes Krohn, der 1939 sein Amt als Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums infolge eines Konflikts mit Robert Ley verlor, am Aufbau der Arbeitsverwaltung im „Generalgouvernement“ der besetzten polnischen Gebiete beteiligt war.

Im Ganzen ist dem Lexikon ein hohes Maß an Präzision und Verlässlichkeit zu attestieren. Das schließt Kritik an einigen Versehen nicht aus. So dürfte es eine Panne sein, dass ausgerechnet Eduard Heimann, einer der bedeutendsten Theoretiker der sozialstaatlichen Entwicklung in der Weimarer Zeit, nicht aufgenommen wurde. Mehr als fraglich ist, ob man Heinrich Pesch zu den geistigen Wegbereitern der Sozialen Marktwirtschaft zählen kann (S. 152), denn dessen „Solidarismus“-Lehre baute auf ganz anderen Prämissen auf. Der Zwang zur lexikalischen Verknappung führt mitunter zu kryptischen Wendungen: Was soll der cursorische Hinweis bedeuten, dass Hans Carl Nipperdey „nach 1933 an Wertungsprinzipien des Nationalsozialismus anknüpfen konnte“ (S. 141)? Bei den Mitgliedschaften von Götz Briefs wird ohne jeden Kommentar „Königswinterer Kreis“ vermerkt (S. 23). Auf der Suche nach einer Erläuterung vertraut hoffentlich niemand der Enzyklopädie Wikipedia, denn sie verweist unter diesem Stichwort auf ein Wandergebiet, das hier gewiss nicht gemeint ist. Die Schlussredaktion hat dem Druckfehlerteufel nur wenige Chancen gelassen, aber mitunter langte er doch zu. So machte er (mit feministischer List?) aus den „Wirren deutscher Politik“, in die ein Buchtitel die Sozialpolitikerin Louise Schroeder versetzt, die „Wirren deutscher Politiker“ (S. 175).

Mit der Auswertung der recherchierten Daten hält sich das Lexikon sehr zurück. Das ist zu begrüßen. Denn ein Nachschlagewerk soll vielfältige Verwendungszusammenhänge ermöglichen und offenhalten, aber nicht vorwegnehmen. So bietet es Anknüpfungspunkte für individual- oder

kollektivbiographische Anschlussstudien, für die Genderforschung (nur 20 der 231 Akteure waren weiblich), für den Blick auf Netzwerke (interessant ist z. B. der häufige Hinweis auf Studentenverbindungen) und Ämterkumulationen, auch für quer einströmende Fragen (etwa religionsgeschichtlicher Art: So fällt eine beträchtliche Zahl von Sozialpolitikern auf, die in der NS-Zeit zur Religionszugehörigkeit „gottgläubig“ wechselten), und insgesamt für die akteurszentrierte Seite einer Basisinstitution der modernen deutschen Geschichte – eben des Sozialstaats. Schließlich noch eine gute Nachricht für Studierende, die knapp bei Kasse sind: Wie Band 1 ist auch Band 2 bereits im freien Zugang online nutzbar.

HANS GÜNTER HOCKERTS  
München

VSWG 105, 2018/4, 554–555

Heidi Hein-Kircher / Ilgvars Misāns (Hg.)

### **Stadtgeschichte des Baltikums oder baltische Stadtgeschichte?**

#### **Annäherungen an ein neues Forschungsfeld zur baltischen Geschichte**

(Tagungen zur Ostmitteleuropaforschung 33). Herder-Institut, Marburg 2015, 200 S., 39,00 €.

Der hier zu besprechende Band geht auf eine Tagung zurück, in der an Stadtgeschichte im Baltikum interessierte Forscherinnen und Forscher 2012 in Riga zusammenkamen, um über Wege der Forschung, Themen und Zugänge zu diskutieren, aber auch Fallbeispiele vorzustellen.

Heidi Hein-Kircher und Ilgvars Misāns stellen in ihrer Einführung die Frage, ob es sich im Lichte bekannter Stadtypologien (man denke an Rechtstraditionen, aber auch Max Weber), bei dem von ihnen zu umreisenden Forschungsfeld um Städtegeschichte im Baltikum oder baltische Stadtgeschichte handelt. Sie plädieren dafür (S.16), Stadträume aufgrund der mehrfach peripheren Lage historischer Großräume als ein besonderes Untersuchungsfeld zu sehen, das eine systematische Untersuchung lohnt. Dem ist sicher zuzustimmen, ebenso dem Schluss, von Stadtgeschichte des Baltikums zu reden, weil von einem eigenen Typ wohl kaum gesprochen werden kann. Vielmehr ist genau nach Zeit und Kontext für den jeweiligen Stadtraum zu schauen. Die Städte, bis auf Riga im Verlauf des 19. Jh.s und darüber hinaus, waren überschaubar und die Zugehörigkeit zu den jeweiligen politischen Entitäten von großem Einfluss.

Der erste Teil des Bandes ist der Historiografie der Stadtgeschichtsschreibung zu diesem Raum gewidmet. Er ist ebenso grundlegend wie informativ und bietet Orientierung für alle, die sich mit Städten in diesem Raum befassen wollen. Heidi Hein-Kircher thematisiert Schwerpunkte und Desiderate in der Stadt- und Urbanitätsgeschichte der gegenwärtigen Geschichtsschreibung zu Ostmitteleuropa; Roman Czaja summiert Tendenzen der Stadtgeschichtsforschung in Polen, während Juhan Kreem die Frage stellt, was Stadtgeschichte in Estland sei. Er gibt einen Überblick zu wichtiger Forschung und stellt die Interdisziplinarität heraus, indem er auf Leistungen der Kunst- und Architekturgeschichte verweist. Ilgvars Misāns gibt einen, soweit ich sehe, umfassenden und



sehr materialreichen Überblick über die Stadt als Forschungsobjekt in der Geschichtsschreibung Lettlands, in dem die *Desiderata* klar benannt werden. Andreas Fülberth erarbeitet noch einmal gesondert den Anteil auswärtiger, vor allem deutschsprachiger Forschender an der Stadtgeschichtsforschung zu Riga und Reval (Tallinn) seit der Mitte des 20. Jh.s. Aus dem Beitrag erhellt, dass sich hier die Forschung aus einem engeren deutschbaltischen Kontext schon länger zu lösen begonnen hat – woran Fülberth selbst nicht geringen Anteil hatte.

Ansätzen und Perspektiven der baltischen Stadtgeschichtsschreibung ist der zweite Teil des Bandes gewidmet: Inna Pöltsam-Jürjo erörtert Grundzüge des livländischen Städtewesens im Mittelalter; Aleksandrs Ivanovs analysiert das Bild der Livländischen Städte in den altrussischen Chroniken: Die Chronisten hatten vor ihrem eigenen lebensweltlichen Hintergrund – sieht man vielleicht einmal von Novgorod ab – mit der Struktur und Verfasstheit der livländischen Städte kaum Erfahrung und erfassen sie nur unzureichend. Der lesenswerte Aufsatz von Jurgita Siauciūnaitė-Verbickienė über die Probleme der Minderheiten, insbesondere der nichtchristlichen – d. h. vor allem jüdischen – in Städten des Großfürstentum Litauens ist nur in der zweiten Auflage aus dem Jahre 2016 vorhanden. Es folgt ein zeitlicher Sprung: Karin Hallas-Murula beschäftigt sich mit der politischen Ikonographie der Stadtplanung des frühen 20. Jh.s für „Groß-Tallin“ durch Eliel Saarinen, 1913 – einem visionären Plan, der für viele Stadtplaner des frühen 20. Jh.s steht. Mārtins Mintaus erörtert die Architekturgeschichtsschreibung über die Rigaer Altstadt in den 1860er und 1870er Jahren im Kontext des Wachstums der Stadt, deren Schicksal zur Disposition stand. Vasilijus Safronovas Aufsatz handelt von der symbolischen Aneignung Klaipėdas unter sozialistischen Vorzeichen nach 1945, besonders hervorzuheben sind seine vergleichenden Blicke auf Kaliningrad and Olsztyn.

Nachdem man den Band im Detail und insgesamt gelesen hat, muss zunächst festgehalten werden, dass das Forschungsfeld der Stadtgeschichte im Baltikum natürlich so neu nicht ist. Mit Stadtentwicklung haben sich Forscherinnen und Forscher schon seit dem 19. Jh. beschäftigt, wobei der Schwerpunkt, so scheint es, auf Mittelalter und Früher Neuzeit lag – bevor die Autonomie der Städte im Russischen Imperium begann ausgehöhlt zu werden. Aber die Stadtgeschichte als ein verbindendes Forschungsinteresse auszuweisen und in den Mittelpunkt zu stellen, ist in der Tat hilfreich und verdient, wie die Herausgeber in ihrer Einleitung schreiben, neue Impulse. Und diese Impulse werden reichlich gegeben, denn der aus dem Buch zu gewinnende Überblick über die unterschiedlichen historiographischen Traditionen, die noch nicht für alle Zugänge zu Stadtgeschichte zusammengeführt wurde, ist erhellend. Und sie erfordert interdisziplinäre Blicke: Politik- und Sozialgeschichte, Architektur- und Kunstgeschichte sowie auch die Rechts- und Kulturgeschichte fließen in der Stadtgeschichte zusammen. Dies zeigt der Band für das Baltikum in sehr guter Weise, auf die Bände der beiden Nachfolgetagungen ist der Rezensent gespannt.

JAN KUSBER

Mainz



VSWG 105, 2018/4, 556–557

Elisabeth Lobenwein / Gerhard Ammerer / Alfred Stefan Weiß (Hg.)

**Alternative und komplementäre Heilmethoden in der Neuzeit**

(VIRUS. Beiträge zur Sozialgeschichte der Medizin 13). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2015, 261 S., 32,00 €.

Der Band 13 der Reihe VIRUS geht in seinem Schwerpunktteil auf eine Tagung im Jahr 2013 zurück, die dem Thema „Alternative und komplementäre Heilmethoden in der Neuzeit“ gewidmet war. Von den dort gehaltenen 15 Vorträgen wurden acht abgedruckt. In einer sich an sie anschließenden Übersicht hat Marina Hilber alle Vorträge der Tagung kritisch gewürdigt. Im letzten Teil des Bandes folgen noch eine Rückschau auf die ersten zwölf Bände des VIRUS, die Vorstellung eines Projekts, das inhaltlich dem Hauptthema nahe steht, Konferenzberichte und Rezensionen.

In der Einleitung geben die HerausgeberInnen einen kurzen Überblick über die verschiedenen Denkansätze und Formen der alternativen Heilweisen sowie über typische Entstehungsmuster von neuen Konzepten und deren Gemeinsamkeiten. Ausschlaggebendes Motiv für die Themenwahl der Tagung war die Erkenntnis, dass etliche der historisch als Alternativen zur Schulmedizin entstandenen Methoden seit einigen Jahrzehnten zu komplementären Formen geworden seien, dass also das einstige Gegeneinander sich zu einem konstruktiven Miteinander entwickelt habe.

Die in den Band aufgenommenen Beiträge umfassen den Zeitraum vom 17. Jh. bis zur Gegenwart. Den Anfang macht Bettina Noak mit der Vorstellung zweier niederländischer Ärzte des 17. Jh.s, die auf der Basis des von William Harvey entdeckten und von René Descartes für sein Mensch-Maschinenmodell verwendeten Blutkreislaufs jeweils eine neue Theorie entwickelten und sich damit kämpferisch gegen die nach wie vor dominierende galenische Lehre stellten. Eine interessante Verbindung von Teufelsaustreibungen und Mesmerismus stellt Gerhard Ammerer in seinem Beitrag her, indem er aufzeigt, dass die Zeitgenossen des ebenso erfolgreichen wie umstrittenen Exorzisten Johann Joseph Gaßner in dessen Heilerfolgen eine ähnliche Kraft wirken sahen wie im tierischen Magnetismus des ebenfalls in der zweiten Hälfte des 18. Jh.s agierenden Franz Anton Mesmer. Alois Unterkircher untersucht anhand von Praxistagebüchern die Tätigkeit eines gut etablierten, aber nicht approbierten Heilers in der nordöstlichen Schweiz, der weitgehend schulmedizinisch agierte, am Beginn des 19. Jh.s im Zuge der sich verschärfenden Medizinalgesetzgebung und der Professionalisierung der Ärzte jedoch als „Laienheiler“ in eine Außenseiterposition gedrängt wurde. Um Laienheiler handelt es sich auch in Maria Heideggers Beitrag. Hier sind es jedoch die katholischen Geistlichen, die, seit alters der medizinischen Praxis zugewandt, in der Mitte des 19. Jh.s in Tirol der Homöopathie Eingang verschafften und sich mit ihren homöopathischen Behandlungen dauerhafte Konflikte sowohl mit der Erzdiözese in Salzburg als auch mit den approbierten Ärzten einhandelten. In den Bereich der Kleiderhygiene führt Irmtraut Sahmlands Untersuchung, in deren Mittelpunkt das so genannte „Wollregime“ von Gustav Jaeger in der 2. Hälfte des 19. Jh.s steht, der zwar approbierter Arzt war, sich aber danach als Lebensreformer in Gegensatz zur Schulmedizin stellte. Christina Vanja greift mit ihrem Einblick in das vielfältige Speisenangebot berühmter Kuranstalten um 1900 das uralte Thema der Diätetik auf und diskutiert in ihrem abschließenden Kommentar die Problematik der Begriffe „modern“, „gesund“ oder „alternativ“ im Hinblick auf die Ernährung. Florian G. Mildenbergers Blick richtet sich auf das schwierige Verhältnis von alternativer Heilkunde

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019



und Sexualeben in den Jahrzehnten um 1900, das zunächst im aufblühenden „Zeitalter der Nervosität“ durchaus in mancherlei Hinsicht ein positives war. Nach der Einführung des Salvarsans gegen die Syphilis im Jahre 1910 verloren die Naturheilkundler und Homöopathen jedoch ihren Einfluss auf diesem Terrain. Den Abschluss bildet ein Beitrag von Alexander Friedman über das abenteuerliche Leben und Wirken des ukrainischen Psychiaters Anatolij Kaspirovskij, der sich als selbst ernannter Wunderheiler durch seine Fernhypnosen und Fernsehshows in den Jahrzehnten um die Jahrtausendwende einen zweifelhaften Namen gemacht hat.

Die Beiträge vermitteln ein buntes Bild vom breiten Spektrum der alternativen Heilmethoden und ihres Verhältnisses zur akademischen Medizin. Und sie schärfen durch die Heterogenität der Themen unseren Blick auf die unterschiedlichen Facetten, deren je zeitspezifische Bedeutung quellenkritisch und argumentativ durchweg überzeugend herausgearbeitet wurde.

RENATE WITTERN-STERZEL

Erlangen

VSWG 105, 2018/4, 557–559

Andreas Rutz

### **Die Beschreibung des Raums. Territoriale Grenzziehungen im Heiligen Römischen Reich**

(Norm und Struktur 47). Böhlau, Köln, Weimar, Wien 2018, 583 S. (30 Abb., 18 Tafeln), 80 €.

Andreas Rutz leuchtet die Beziehungen zwischen dem „räumlichen Herrschaftsverständnis“ (S. 456) einerseits sowie den territorialen Grenzen und ihrer Beschreibung andererseits im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Alten Reich aus. Beides wird unmittelbar aufeinander bezogen: Grenzen und ihre Beschreibung seien „Indikatoren“ des Verständnisses räumlicher Herrschaft, welches jene umgekehrt „determinierte“ (ebd.). Diese Identität von Grenzen, von Grenzziehungen und -beschreibungen sowie von Raumvorstellungen wird in der titelgebenden „Beschreibung des Raums“ gebündelt.

Die Gleichsetzung von Raumwahrnehmung auf der einen und Grenzziehung auf der anderen Seite ist nicht unproblematisch und wird auch nicht theoretisch abgeleitet (ungeachtet der einleitenden Ausführungen zu einem konstruktivistischen Raumkonzept). Sie macht es auch schwierig, Veränderungen der einen Dimension durch solche der anderen zu erklären. Dies fällt allerdings kaum ins Gewicht, denn das Kernanliegen der Arbeit ist gerade der Nachweis der Stabilität und Kontinuität politischer Raumvorstellungen wie auch der Methoden der Grenzziehung in der „longue durée“ (S. 34) der Vormoderne.

Diesen Nachweis führt die Arbeit ebenso systematisch wie abwägend und nuancierend unter Hinzuziehung einer überwältigenden Menge an (primär archivalischem) Quellenmaterial und Literatur. Dabei kommt das Reich im weitestmöglichen Sinn in den Blick – also auch unter Einschluss Norditaliens, der Niederlande, der Dauphiné und Lothringens; dazu kommen das Ordensland

Preußen sowie ergänzende Blicke nach Frankreich und England, sporadisch auch in andere Teile Europas. Mit der räumlich wie erst recht zeitlich großflächig vergleichenden Perspektive kann Rutz bisherige Thesenbildungen zu epochalen Wandlungsprozessen sehr überzeugend entkräften – ganz gleich, ob sie älterer struktur- oder neuerer kulturhistorischer Art sind: Er verwirft den vermeintlichen (spät-)mittelalterlichen Übergang vom personen- zum raumfokussierten Staatsverband ebenso wie eine durchschlagende Wirkung von Kartierungen auf die Vorstellung geschlossener Territorien im 16. Jh. oder einen Paradigmenwechsel vom passiven ‚Finden‘ zum aktiven ‚Setzen‘ von Grenzen dank neuer Vermessungstechniken und abstrakter Raumvorstellungen im 18. Jh.<sup>4</sup> Im Gegensatz zu solchen, oft auf zeitlich und/oder räumlich nur relativ begrenzten Einzelstudien beruhenden Zuspitzungen zeigt Rutz, dass personelle und räumliche Herrschaftsvorstellungen vom 8. bis zum 18. Jh. stets neben- und miteinander bestanden, dass es die Vorstellung von konkreten Grenzlinien von jeher gab und dass die Medien der Grenzsetzung weitgehend stabil blieben: Markierungen im Feld, gemeinsame, oft ritualisierte Begehungen, textliche Beschreibungen sowie schließlich Kartierungen ergänzten sich und bezogen sich aufeinander. Dem entsprach es auch, dass eine (Grenz- oder Raum-) „Beschreibung“ einen Text ebenso gut wie eine Karte meinen konnte.

Nur im Hinblick auf Kartierungen gab es merkliche, wenn auch wiederum nur allmähliche Veränderungen: Erst im späten Mittelalter hielt die Kartographie überhaupt Einzug in das kulturelle und politische Repertoire Europas; neben dem wiederentdeckten geographischen Werk des Ptolemäus waren dafür das Medium des Drucks sowie des Kupferstichs für Karten und die Verbesserung der Vermessungstechniken entscheidend. Seit der zweiten Hälfte des 16. Jh.s begannen immer mehr Landesherrn, ihr Gebiet – und seine Grenzen – möglichst genau kartographisch zu erfassen. Es dauerte aber nochmals zwei Jahrhunderte, bis die Kartographie zum Primärmedium bei der Festsetzung von Grenzen wurde, sowohl im administrativen als auch im rechtlichen und öffentlich-publizistischen Bereich. In jeder Phase bestanden zudem starke regionale Unterschiede, die Rutz jeweils herausarbeitet; und auch die mehrere Jahrhunderte dauernde Durchsetzung der Kartographie bewirkte keine fundamentale Veränderung des obrigkeitlichen Raum- und Grenzverständnisses, wie er abschließend sehr deutlich betont (S. 458–464), auch wenn sich gewisse Verschiebungen von punktuellen und linearen hin zu mehr flächigen Raumvorstellungen unterstellen lassen (S. 242, 352 u. ö.).

Jenseits der magistralen Synthese enthält die Arbeit auch viele spannende, aus den Quellen gearbeitete Einzelbefunde und Teilnarrative, meist aus den besonders detailliert untersuchten Regionen des Niederrheins, Frankens und Bayerns. So kann der Leser verfolgen, wie der berühmte Renaissance-Kartograph Gerhard Mercator erst in der Grafschaft Mark und dann im Herzogtum Lothringen durch gegenläufige politische Interessen an der Fertigstellung seiner wegweisenden Grenzvermessungen gehindert wurde (S. 373–384). Die nie enden wollenden Grenzquerelen zwischen der Reichsstadt Nürnberg und ihren hohenzollerschen Nachbarn kulminierten im 18. Jh. in einem faszinierenden „Kartenstreit“, in dem Letztere die Stadt mittels einer vollendeten kartographischen Propaganda buchstäblich hinter ihre Mauern verwiesen (S. 432–449). Anders als viele vorliegende Detailstudien zu Grenzen verzichtet Rutz aber explizit darauf, neben der obrigkeitlichen Grenzsetzung und ihrer Kommunikation nach außen auch ihre Wahrnehmung und Aneignung durch die Untertanen nachzuvollziehen.

Dies mag man ebenso bedauern wie die Skepsis gegenüber thesenhaften Zuspitzungen oder überhaupt die Grundtendenz, sich an bestehenden Thesen abzuarbeiten, um sie dann stark zu mo-

difizieren oder gänzlich zu verwerfen. Die Bescheidenheit und Besonnenheit, die dieser Vorgangsweise innewohnt, und die profunde Kenntnis und analytische Stringenz, auf die sie sich stützen kann, sind in unserer marktschreierischen Zeit aber vor allem sehr wohltuend.

- 1 Letzteres vor allem bei Achim Landwehr, *Die Erschaffung Venedigs. Raum, Bevölkerung, Mythos 1570–1750*, Paderborn u. a. 2007, v. a. S. 90–166.

LARS BEHRISCH

Utrecht

VSWG 105, 2018/4, 559–560

Uwe Spiekermann

**Künstliche Kost. Ernährung in Deutschland, 1840 bis heute**

(Umwelt und Gesellschaft 17). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2018, 948 S.

(108 Abb., 7 Tab.), 60,00 €.

Uwe Spiekermann hat mit „Künstliche Kost“ ein mit an die 1.000 Seiten geradezu monumentales Werk vorgelegt. In diesem geht es um die Analyse und Konstruktion von Lebensmitteln von der Mitte des 19. Jh.s bis zur Gegenwart. Die zentrale These lautet, dass sich um 1850 das Modell einer stofflich definierten Nahrung durchsetzte, welches bis zur Gegenwart dominiert. Dabei standen zunächst Eiweiße, Kohlenhydrate und Fette im Mittelpunkt, ehe mit Vitaminen, Mineralien usw. weitere Stoffe hinzutrat. Dieses Stoffparadigma stabilisierte sich in der Weimarer Zeit aufgrund des Wirkens eines „eisernen Dreiecks“, bestehend aus Wissenschaft, Staat und Wirtschaft. Auch in den Auseinandersetzungen der Gegenwart, so zwischen Befürwortern der Gentechnik und Anhängern eines ökologischen Landbaus und von Bioprodukten, gehen beide Seiten vom gleichen Paradigma aus, ziehen nur unterschiedliche Schlussfolgerungen.

Im Zentrum der Arbeit stehen folglich Chemiker, Mediziner, Lebensmittelwissenschaftler und andere Fachleute sowie deren wissenschaftliche Institutionen. Die Arbeit behandelt gerade nicht – wie der Untertitel fälschlich suggeriert – die „Ernährung in Deutschland“. Denn – so Spiekermann selbst: Bis in die 1960er Jahre scheiterten die meisten der auf den Markt gebrachten künstlichen Produkte oder sie verharrten in Nischen. Diese Nischen leuchtet die Arbeit in brillanter Weise aus. Man kann also in dem Werk eine Art gigantische Vorgeschichte der heutigen Ernährung sehen. Spiekermann sucht in seiner Arbeit die beiden Konzepte der Wissensgesellschaft und der Konsumgesellschaft miteinander zu verbinden. Dabei ist aber die Wissensgesellschaft eindeutig die Determinante. Die Konsumenten treten – wenn überhaupt – nur als passive Rezipienten in Erscheinung.

Ist man sich dieser konzeptionellen Einschränkungen bewusst, dann bietet die Arbeit reichen empirischen Ertrag. Spiekermann wertet in erster Linie akribisch die umfangreichen gedruckten Primärquellen, Monografien und Zeitschriftenliteratur, aus. Diese Quellengattung ist nicht unproblematisch, weil nicht immer ganz klar ist, was bei der künstlichen Kost Programmatik blieb und was tatsächlich umgesetzt wurde. Bei den Nischen, in denen die künstliche Kost Relevanz gewann, handelt es sich unter anderem um Säuglingsnahrung, Militärverpflegung, Werksküchen und Rei-

seproviant. Umfangreiche Kapitel sind Konserven, Suppen, der Margarine sowie Ersatzstoffen für Genussmittel gewidmet. Das Bemühen um eine künstliche Kost erreichte in den Weltkriegen und im Rahmen der nationalsozialistischen Autarkiepolitik einen Höhepunkt, gelangte aber auch dann nicht über Nischen hinaus. Zudem fanden beträchtliche Fehlinvestitionen statt. Zu allen Zeiten gab es aus der Fachwelt und der Öffentlichkeit Kritik an der künstlichen Kost und es wurde eine „natürliche“ Ernährung beschworen.

Spiekermanns Arbeit ist reich kontextualisiert. Darüber hinaus scheut der Verfasser vor keinem Exkurs zurück, wie zur amerikanischen Astronautennahrung. Die Empirie dominiert gegenüber dem Konzeptionellen und Generellen. So ist es bezeichnend, dass die fast 800 Textseiten auf gerade mal acht Seiten zusammengefasst werden. Darin erklärt Spiekermann die über lange Zeit geringe Verbreitung der künstlichen Kost mit hohen Preisen und technischen Problemen. Die eingefügten instruktiven Bilder dokumentieren vor allem die Vermarktungsbestrebungen. Ein differenziertes Inhaltsverzeichnis sowie das Personen-, Orts- und Sachregister helfen dem Leser, sich in dem Werk zurechtzufinden.

WOLFGANG KÖNIG

Berlin

VSWG 105, 2018/4, 560–561

Thomas Stamm-Kuhlmann (Hg.)

**Auf dem Weg in den Verfassungsstaat. Preußen und Österreich im Vergleich  
1740–1947**

(Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 48).  
Duncker & Humblot, Berlin 2018, 255 S., 89,90 €.

Der aus einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft zur preußischen Geschichte hervorgegangene Band stellt nicht die machtpolitische Rivalität, also den oft thematisierten preußisch-österreichischen Dualismus ins Zentrum, sondern widmet sich vor allem zwei Leitfragen. Zum einen geht es um den friedlichen Wettbewerb, den beide Staaten auf unterschiedlichsten Gebieten miteinander austrugen und die dabei hervortretenden wechselseitigen Wahrnehmungen und Beeinflussungen. Zum anderen wird danach gefragt, warum Preußen 1947 durch den Beschluss der Siegermächte unterging, Österreich sich nach 1945 aber wieder als unabhängiger Staat behaupten konnte. Der Hg. beschreibt in seinem Beitrag anschaulich die jeweiligen Geschichtsbilder, die zu diesen Entscheidungen führten: auf der einen Seite die von Hitler selbst vorangetriebene und von den Siegermächten bekräftigte Gleichsetzung des Deutschen mit dem Preußischen und auf der anderen Seite die Distanzierung Österreichs von der deutschen Geschichte und das Bild eines befreiten und nicht besiegt Landes.

Mit Ausnahme des Beitrages von Ch. Stamm, der die unterschiedlichen Wege des österreichischen Sozialdemokraten und späteren Bundespräsidenten Karl Renner und des politisch gescheiterten sozialdemokratischen preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun vergleicht, befassen sich die übrigen zehn Tagungsbeiträge mit Fragen des 18. und vor allem des 19. Jh.s. Aus der Sicht der

Wirtschafts- und Sozialgeschichte sind vor allem vier Beiträge hervorzuheben. M. Koschier vergleicht die von Österreich und Preußen nach 1815 eingeschlagene Finanzpolitik und zeigt, wie in Preußen die Reformpolitik Hardenbergs den Weg zu geordneten Staatsfinanzen ebnete und aus der prekären Ausgangslage herausführte, die Habsburger Monarchie angesichts ausbleibender Strukturreformen aber eine grundlegende Stabilisierung der Staatsfinanzen verfehlte. O. Werner vergleicht die preußische und österreichische Politik im Vorfeld der Gründung des Deutschen Zollvereins und kommt zu dem Ergebnis, dass sich Österreich in den handelspolitischen Fragen auch aufgrund interner Machtrivalitäten letztlich zu unflexibel zeigte, während es Preußen gelang, eigene Interessen mit denen der dem Zollverein beitretenden Mittel- und Kleinstaaten zu verbinden. M. Schneider fragt in seinem instruktiven Beitrag nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten in der amtlichen Statistik Preußens und Österreichs, hebt dabei den anfänglichen Vorsprung der preußischen Statistik hervor und zeigt, wie beide Staaten den wachsenden Forderungen nach internationalen Standards gerecht zu werden versuchten und wie Österreich auf dem Felde der Berufsstatistik Elemente der deutschen Reichsstatistik übernahm. K. Düwell vergleicht die Entwicklung der preußischen Seehandlung, die als staatliche Anleihe- und Konsortialbank und als Finanzinstitut ein wichtiger Faktor der preußischen Großmachtstellung war, mit der des österreichischen Lloyds, welche der Landmacht Österreich-Ungarn in der zweiten Hälfte des 19. Jh.s eine neue maritime Stärke verlieh. Die übrigen Beiträge des Bandes widmen sich dem Umgang mit den jeweiligen konfessionellen Minderheiten (L. Höbelt), den vor 1800 in Preußen wie in Österreich sehr eingeschränkten städtischen Gestaltungsmöglichkeiten (E.-B. Körber), dem Verhältnis zwischen den liberal-demokratischen Kräften Österreichs und Preußen in der Zeit des Vormärz und der Revolution von 1848 (G. La Mattina), den beiden Heerführern des Krieges von 1866, Benedek und Moltke (J. Angelow) sowie dem preußisch-österreichischen Prestigeduell bei großen Forschungs Expeditionen (I. Löppenbergl).

Den direktesten Bezug auf den Buchtitel hat der Beitrag von F. Möller, der die Chancen der 1848 in Preußen und Österreich einsetzenden Verfassungspolitik auslotet und am Beispiel der Regierungen Auerswald und Schmerling überzeugend darlegt, dass der konstitutionelle Liberalismus in beiden Fällen die sich um 1860 eröffnenden Chancen am Ende angesichts des Widerstandes der Monarchen und der fehlenden parlamentarischen Macht nicht nutzen konnte. Insgesamt bietet der Band durch den vergleichenden Blick auf die preußischen und österreichischen Entwicklungen eine Fülle von Anregungen für weitergehende Forschungen.

HANS-WERNER HAHN  
Asslar-Berghausen



VSWG 105, 2018/4, 562–564

Max Weber

**Briefe 1875–1886**

Hrsg. v. Gangolf Hübinger, in Zus.-Arb. m. Thomas Gerhards und Uta Hinz (Max Weber Gesamtausgabe II/1). Tübingen, Mohr Siebeck 2017, XXII, 759 S., 314,00 €.

Max Weber

**Briefe 1887–1894**

Hrsg. v. Rita Aldenhoff-Hübinger, in Zus.-Arb. m. Thomas Gerhards und Sybille Oßwald-Bargende (Max Weber Gesamtausgabe II/2). Tübingen, Mohr Siebeck 2017, XX, 683 S., 289,00 €.

Mit diesen beiden Bänden ist die (1990 eröffnete) Edition der Briefe (Abt. II) innerhalb der Max Weber Gesamtausgabe (MWG) abgeschlossen (als Ergänzung ist MWG II/11, mit Nachträgen und Gesamtregister, für 2019 geplant). Sie enthalten alle überlieferten Briefe Max Webers aus den zwei Jahrzehnten von der Schulzeit über Studium, Militärdienst, juristisches Referendariat, Promotion und Habilitation bis zum Antritt des Ordinariats in Freiburg. Im Hinblick auf die persönliche Lebensgeschichte spiegeln sie seine Entwicklung von der knabenhaften Frühreife bis zur endgültigen Loslösung vom Elternhaus (nach der Eheschließung) wider. Ihr Quellenwert reicht indes weit über die Person Webers hinaus, denn diese Briefe sind auch für die Kulturgeschichte des Bildungsbürgertums des ausgehenden 19. Jh.s. von kaum zu überschätzender Bedeutung.

Weber selbst hat sich stets als stolzes Mitglied der bürgerlichen Klasse verstanden. Seine Briefe bezeugen eindringlich, worin dieser Stolz begründet lag. Sie zeigen, was die großbürgerliche Elite im Kaiserreich ihren Kindern zu bieten hatte und wie sich diese kulturelle Prägung im engsten Kreise der Familie, Verwandten und Freunde fast wie von selbst einstellte. Da diskutiert der Vierzehnjährige mit seinem älteren Vetter Fritz Baumgarten (der in Berlin Klassische Philologie studiert) seitenlang über Homer und Vergil, Livius und Herodot, und wenn er Cicero dafür tadelt, gegen Catilina keine „gehörige Thatkraft“ gezeigt zu haben, so vergisst er nicht, seinem Briefpartner kurz darauf mitzuteilen, dass er dazu nun auch Mommsens ‚Römische Geschichte‘ konsultiert habe (Briefe vom 9./11.09. und 25.10.1878). Das wirkt mitunter ziemlich altklug oder auch ganz aus der Zeit gefallen. Doch abgesehen davon, dass nicht zuletzt die Prägung durch das humanistische Gymnasium (pro Woche acht Stunden Latein und vier Stunden Griechisch) Weber zu solch hochtrabenden Erörterungen angespornt haben dürfte, muss man auch in Rechnung stellen, dass er eine ganz außergewöhnliche intellektuelle Begabung besaß und sich überdies von Kindesbeinen an für die unterschiedlichsten geistigen Anregungen empfänglich zeigte. Beide Eltern waren starke Persönlichkeiten und zeitlebens prägende Gestalten, der Vater als fachkompetenter Verwaltungsjurist und Berufspolitiker, die Mutter als Schlüsselfigur im verwandtschaftlichen Netzwerk und sozial engagierte Protestantin. Unter den Verwandten waren zwei Onkel, beide angesehene Professoren, besonders wichtig: Hermann Baumgarten, Historiker in Straßburg (Vater von Fritz und Emmy Baumgarten, Webers Jugendliebe) und Adolf Hausrath, Theologe in Heidelberg. Darüber hinaus begegnete Weber im Elternhaus in Charlottenburg bereits in jungen Jahren angesehenen Politi-



kern wie Rudolf von Bennigsen und Johannes Miquel und herausragenden Gelehrten wie Wilhelm Dilthey und Theodor Mommsen (engster Freund der Familie, sein Sohn Ernst heiratete 1896 Webers Schwester Clara).

Die besondere Bedeutung dieser geradezu ‚intimen‘ Netzwerke spiegelt sich auch in den Briefen selbst wider, denn diese waren zunächst ausschließlich an Mitglieder der Familie und der engen Verwandtschaft adressiert und richteten sich erst nach der Habilitation (1892) und nur ganz vereinzelt auch an wissenschaftliche Kollegen wie Gustav Schmoller und Lujo Brentano. Natürlich wissen wir nicht, ob und wie viele andere Briefe Weber sonst noch verfasst hat, die heute verschollen sind. Es ist aber seit langem bekannt, dass Webers persönliche Zeugnisse insgesamt nur unvollständig überliefert sind (seine Tagebücher hat er selbst vernichtet). Andererseits hat seine Frau Marianne Weber einzelne Briefe bereits 1928 in das ‚Lebensbild‘ ihres Mannes eingeflochten, darunter auch den berühmten Verlobungsbrief (vom 16.01.1893) an sie selbst, wenn auch nur gekürzt. Sie hat ferner 1936 eine Ausgabe von Webers ‚Jugendbriefen‘ vorgelegt, die jedoch auch (ungekennzeichnete) Kürzungen, Fehllösungen und falsche Datierungen aufweist – und ausgerechnet die Briefe an Marianne ganz ausspart. Webers Briefe an Marianne – immerhin 72 Stück – sind hier (MWG II/2) nun endlich erstmals vollständig greifbar, wie natürlich auch sonst alle überlieferten Briefe bis 1894 aufgenommen wurden (wegen der Bedeutung der ‚Jugendbriefe‘ – lange Zeit die wichtigste Quelle – enthalten beide Bände eine Seitenkonkordanz).

Bewegten wir uns somit für die frühen Briefe Webers bislang auf dünnem Eis, so haben wir mit der nun vorliegenden Edition endlich festen Boden unter den Füßen. Das betrifft nicht nur die Vollständigkeit des Textmaterials, sondern auch dessen editorische Erschließung, die (wie auch sonst in der MWG) schlichtweg mustergültig ist und dem höchsten Standard historisch-kritischer Dokumentation entspricht, den es derzeit überhaupt gibt (man fragt sich, was digitale Editionen darüber hinaus eigentlich bieten können sollen). Alle textlichen Veränderungen (Streichungen, Einfügungen) sind im Apparat genauestens ausgewiesen, sachliche Erläuterungen gibt es in den Fußnoten und den editorischen Vorbemerkungen zu allen Briefen, bei denen dies zum Verständnis des historischen Kontextes erforderlich ist. Den Editionsgrundsätzen der MWG II entsprechend sind Gegenbriefe an Weber nicht aufgenommen, aber dort, wo es sie gibt und sie zum Verständnis beitragen, im editorischen Kommentar berücksichtigt (namentlich die Briefe Mariannes an Webers Mutter Helene; Briefe von Marianne an Max Weber sind nicht überliefert).

Die konzisen Einleitungen von Gangolf Hübinger und Rita Aldenhoff-Hübinger skizzieren die zum Verständnis der Briefe unerlässlichen lebensgeschichtlichen Umstände Webers, von denen aus auch die düsteren Kehrseiten der in den Briefen so eindringlich bezeugten Kultur der bürgerlichen Familie sichtbar werden. Damit schließt sich der Kreis. Bei den Webers waren die Briefe nicht nur Spiegel, sondern als solche selbst Teil der familiären Kultur, denn sie wurden nicht selten im Kreise der Familie herumgereicht. Das betraf selbst intimste Briefe wie den bereits erwähnten Verlobungsbrief Webers an Marianne Schnitger – er wurde ihr von Webers Mutter Helene ausgehändigt, nachdem sie ihn zuvor gelesen hatte. Bezeichnend ist auch, dass Max Weber bis zu seiner Hochzeit mit Marianne im September 1893 bei seinen Eltern wohnte und erst nach der Eheschließung erstmals einen eigenen Haushalt führte. Dem jungen Paar ging Bertha Schandau zur Hand, die bis 1917 als Dienstmädchen bei ihnen blieb (sie starb 1918) und ab und zu in Webers Briefen erwähnt wird. Auch die Dienstmädchen im Hause seiner Eltern oder denen seiner Onkel werden hin und wieder genannt, in der Regel aber nur mit dem Vornamen, und von den meisten von ihnen kennen wir

auch nur den. Im vorbildlichen Personenverzeichnis beider Bände sind sie daher auch nur in dieser Form zu finden: Bertha, Emilie, Louise, Marie.

THOMAS SOKOLL

Hagen

## B. Allgemeine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

VSWG 105, 2018/4, 564–565

Ralf Banken / Ben Wubs (Hg.)

### **The Rhine: A Transnational Economic History**

(Wirtschafts- und Sozialgeschichte des modernen Europa – Economic and Social History of Modern Europe 4). Nomos, Baden-Baden 2017, 383 S., 79,00 €.

Die in diesem Band versammelten 13 Aufsätze gehen auf fünf Tagungen zurück, die auf Initiative der Goethe-Universität Frankfurt und der Erasmus-Universität Rotterdam von Ralf Banken, Werner Plumpe, Hein Klemann und Ben Wubs durchgeführt wurden. Thema dieser international und interdisziplinär ausgerichteten Veranstaltungen war der Rhein in seiner geographischen, geschichtlichen, politischen und vor allem wirtschaftlichen Funktion vornehmlich im 19. und 20. Jh. Diese Tagungen erhielten als internationale Rheinkonferenzen (Transnational Rhine Conferences) den Markennamen „RHIN(e)“. Von den zahlreichen auf den in den Städten Frankfurt, Bochum, Rotterdam, Mainz und wieder Rotterdam in den Jahren 2010 bis 2016 durchgeführten Kongressen gehaltenen Vorträgen wird hier eine Auswahl vorgelegt.

Der vorliegende Sammelband wird ausführlich eingeleitet durch Ralf Banken und Ben Wubs, die die verschiedenen Arbeitsfelder der Rheinkonferenzen vorstellen und vor allem auf den internationalen Charakter der Wirtschaft am Rhein, der sich trotz der oft schwierigen politischen Lage behauptet, hinweisen. Die verbindende Kraft des Stroms, an dem Wirtschaftsregionen unterschiedlicher Struktur liegen, sorgt für einen Austausch von Gütern, Menschen und Ideen von der Schweiz bis zum niederländischen Rheindelta.

Unter dem Gliederungspunkt „Origins“ stellt Hein A. M. Klemann die Geschichte der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt in Mainz, jetzt in Straßburg, als erste europäische Organisation vor, die die Voraussetzungen für einen freien Handel auf dem Strom geschaffen hat. Ralf Banken weist auf die Bedeutung der Kohle für die Industrialisierung des Raumes zwischen Mannheim und Basel hin.

In der Sektion „Enterprises“ zeigt Ben Wubs, wie Unilever, Royal Dutch, Philips und AKU (Algemene Kunstzijde Unie) besonders im Rheinland investiert und sich hier und in ganz Deutschland ausgebreitet haben. Eva-Maria Roelevink und Dieter Ziegler untersuchen die Rolle des RWKS (Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat) als wichtigstes Kartell der deutschen Industrie und als Regulativ auch im Verhältnis zum Staat.

Im Abschnitt „Sectors and Clusters“ stellen Mark Jacob und Laura Rischbieter vor allem den Handel mit Kaffee und Tabak von den Niederlanden nach Deutschland vor, und Boris Gehlen

zeigt, dass die rheinische Textilindustrie, vor allem für die ärmere Bevölkerung, ein blühendes Gewerbe war.

Die Sektion „Infrastructures“ enthält die Beiträge von Marten Boon, Christopher Kobrak und Antoine Beyer, der sich vor allem mit dem Landverbrauch rheinischer Häfen in den letzten 15 Jahren beschäftigt.

Im Abschnitt „Transport“ befasst sich Jeroen Euwe mit grenzüberschreitendem Handel, wobei deutlich wird, wie stark die rheinische Wirtschaft auch über die Nebenflüsse international verwoben war, und Theo Notteboom widmet sich dem außerordentlichen Anwachsen des Containerhandels zwischen See- und Binnenhäfen bis Basel seit den 1960er Jahren.

Die letzte Sektion „Environment“ enthält die Beiträge von Uwe Lübken und Nil Disco, die zeigen, dass der Rhein, obwohl kanalisiert, immer noch ein Fluss ist, und dass die Bemühungen um sauberes Wasser, auch durch die Chemiefirmen, Fortschritte machen.

Der Band enthält wichtige Beiträge zur Wirtschaftsregion Rhein in den letzten 200 Jahren und zu den internationalen Verbindungen entlang der Rheinschiene. Den Rheinkonferenzen ist weiterhin Erfolg zu wünschen.

CLEMENS VON LOOZ-CORSWAREM

Köln

VSWG 105, 2018/4, 565–566

Manuela Daschner

### **Mobilität und Lebenswelt der ländlichen Bevölkerung.**

#### **Die Herrschaft Falkenstein im ausgehenden 18. Jahrhundert**

(Thurn- und Taxis Studien – Neue Folge 9). Pustet, Regensburg 2017, 246 S., 29,95 €.

Diese in Regensburg entstandene Dissertation unternimmt eine Mikrostudie zu einer an der Grenze zwischen Niederbayern und der Oberpfalz gelegenen Adels Herrschaft, deren im Fürst Thurn und Taxis Zentralarchiv liegenden Bestände bezüglich des späten 18. Jh.s besonders reichhaltig sind. Die Studie orientiert sich konzeptuell an neueren raumsoziologischen Ansätzen, die den sinnhaft erfahrenen und praktisch gestalteten Raum als Teil der alltäglichen Lebenswelt in den Blick nehmen. In der konkreten Analyse konzentriert sich die Autorin allerdings eher auf faktische Fragen, die keine Rekonstruktion subjektiver Erfahrungs- und Handlungsräume erfordern und damit zumal für die Vormoderne auch einigermaßen bearbeitbar sind: Sie untersucht den Bewegungsradius der ländlichen Bevölkerung im Hinblick auf drei Dimensionen, nämlich alltägliche Lebensgestaltung (medizinische und spirituelle Versorgung, Schulen, Wirtshäuser, Märkte), Arbeitsmärkte und Heiratskreise. Sie beschreibt nach der Einleitung zunächst den Untersuchungskontext der Herrschaft Falkenstein und vergegenwärtigt die Rahmenbedingungen der räumlichen Mobilität am Ende der Frühen Neuzeit. Je ein Kapitel widmet sich sodann einer der drei Dimensionen, wobei dasjenige zur ersten Dimension („Lebenswelt und Bewegungsradius im Alltag“) mit knapp 80 S. den quantitativen Schwerpunkt der Studie darstellt.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

Die Autorin gelangt zu dem – die bisherige Forschung im Wesentlichen bestätigenden – Ergebnis, dass sich die ländliche Bevölkerung im Alltag vor allem in einem Raum innerhalb eines Radius von gut fünf km bewegte. Diese Zone schloss insbesondere die Versorgung mit gehandelten Gütern durch Krämer, die reguläre Seelsorge, die medizinische Betreuung, die Schule und (für die Männer) das Wirtshaus ein. Dabei ist im Auge zu behalten, dass angesichts der durch Weiler und vereinzelte Höfe gekennzeichneten Siedlungsstruktur die Felder für die meisten Haushalte im Umkreis von etwa einem km lagen, so dass nicht mit der Arbeit in Beziehung stehende Aktivitäten bereits die Überwindung einer den häuslichen Nahbereich deutlich überschreitenden Distanz erforderten. 50 % der Heiraten erfolgten innerhalb eines Radius von fünf km, 80 Prozent innerhalb eines solchen von neun km. Auch Gesinde nahm im Mittel letztere Distanz zwischen Herkunfts- und Arbeitsort in Kauf, und die Anbieter auf den für das Gebiet wichtigen Viehmärkten stammten aus einem nur marginal größeren Umkreis. Die Vernetzung und Ergänzung des sozialen Nahbereichs erfolgte somit innerhalb eines Radius von etwa zehn km. Gericht, Herrschaft und Ziele von Wallfahrten und Bittgängen lagen dagegen mit Distanzen von 30 km und mehr deutlich jenseits dieser alltäglichen Räume, was die Vorstellung bestätigt, dass sie außerhalb der bäuerlichen Gesellschaft stehende Instanzen darstellten.

Einige Analysen zum Bewegungsradius der ländlichen Bevölkerung sind zwar durchaus interessant, so besonders diejenigen zu Konflikten um Bittgänge und Wallfahrten, die auch ein Schlaglicht auf Raumerfahrung und die praktische Konstruktion von Raum durch die involvierten Akteure werfen. Im Darstellungsgang stellt allerdings das Thema der räumlichen Mobilität nur einen Aspekt unter zahlreichen anderen in einer umfassenden Darstellung der lokalen ländlichen Gesellschaft am Ausgang der Frühen Neuzeit dar. Besonders innovativ und wertvoll scheinen dem Schreibenden Passagen, die sich ausgeprägt auf die sog. Briefprotokolle stützen, eine von der Sozialgeschichte zum ländlichen Bayern noch wenig genützte Quellengattung, welche Rechtsgeschäfte der Untertanen dokumentiert. Der Leser / die Leserin erfährt auf dieser Grundlage spannende und sehr lezenswerte Dinge über Landzünfte, die Interventionen von Nachbarn, Gemeinde und Herrschaft bei Heiraten sowie über Mechanismen der Besitzweitergabe. Allerdings sind die entsprechenden Analysen wenig fokussiert und werden allenfalls begrenzt in die einschlägige Forschungsliteratur eingebettet. Möglicherweise wäre das Potenzial des Quellenkorpus mit einer Studie über ländliche Lebensläufe und ihre institutionelle Einbettung besser gehoben worden.

ULRICH PFISTER  
Münster



VSWG 105, 2018/4, 567–568

Andreas Fahrmeir (Hg.)

**Personalentscheidungen für gesellschaftliche Schlüsselpositionen.  
Institutionen, Semantiken, Praktiken**

(Historische Zeitschrift / Beihefte N. F. 70). De Gruyter Oldenbourg,  
Berlin/Boston 2017, 165 S., 79,95 €.

Das hier in Rede stehende Herausgeberwerk präsentiert sich als eine Zusammenstellung der Zwischenergebnisse der Forschergruppe „Personalentscheidungen bei gesellschaftlichen Schlüsselpositionen“. Übergeordnetes Ziel der Beiträge ist es dabei, den Ablauf bzw. die Hintergründe von Personalentscheidungen gesellschaftlich zentraler Schlüsselpositionen, die ihrerseits mit gravierenden gesellschaftlichen Auswirkungen verknüpft sein können, zu ergründen und offenzulegen. Der Frage, wie genau und mit welchen Verfahren die konkreten Entscheidungen über die Besetzung eben jener Schlüsselpositionen gefällt wurden, wird dabei aus einem geschichtswissenschaftlichen Blickwinkel nachgegangen. Ausgerufenes Ziel der Autoren ist es, die existente, häufig wirtschaftswissenschaftlich, soziologisch oder psychologisch geprägte Literatur um einen profunden Beitrag aus dem Forschungsfeld der Geschichtswissenschaft zu erweitern und so der Debatte einen neuen Blickwinkel zu verleihen. Der Aufbau des Buches überzeugt dabei durch eine stimmige Struktur, welche die historische Literatur auswertenden Fallstudien zu Personalentscheidungen unterschiedlicher Epochen (z. B. von den Bischofswahlen des frühen Christentums bis hin zu Personalentscheidungen in Unternehmen vor dem Ersten Weltkrieg) durch einen einführenden und einen resümierenden Beitrag kontextuell einklammert.

Die stets auch im Subtext mitschwingende Quintessenz, trotz analytischer Anstrengungen in der Untersuchung und Gestaltung von Personalentscheidungsverfahren die mit den Entscheidungen verbliebene (Rest-)Unsicherheit nicht gänzlich ausschalten zu können, verwundert dabei weder die Autoren noch den Rezensenten. Personalentscheidungen vollziehen sich trotz Berücksichtigung wissenschaftlichen Fortschritts stets in partieller Unkenntnis ihrer Folgen, obschon Auswahlkriterien und -verfahren für ein gewisses Maß an Lenkung und Prognostizierbarkeit Sorge tragen können. Erwartungen, den heiligen Gral der vollendeten und fehlerfreien Personalentscheidung finden zu können, hegen auch die Autoren des Werkes nicht. Obzwar sich die Personalentscheidungsmodi im Laufe der Zeit professionalisiert haben, konnte sich ein allgemeingültiges dominantes Verfahren aus nachvollziehbaren Gründen bis dato nicht herausbilden. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass diese einer gewissen Situations- und Zweckabhängigkeit unterworfen sind – Verengungen auf bestimmte Verfahren, die sich in Phasen gleichförmiger, eher statisch anmutender Perioden ergeben haben, können durch eruptiv auftretende, fundamentale Entrückungen auch wieder aufgelöst werden bzw. zu einer Modifizierung der bis dato gängigen Modi führen. Trotz aller Vorbereitung und Planung in der Besetzung gesellschaftlicher Schlüsselpositionen verbleibt die mit der menschlichen Komponente stets eng verknüpfte, durch die Möglichkeit opportunistischen Handelns in der Regel nicht aufzulösende Verhaltensunsicherheit. Operative Prozessoptimierungen, zu denen auch die Professionalisierung von Personalentscheidungen etwa durch Berücksichtigung der für die jeweilige Situation am besten geeigneten Verfahren zu zählen vermag, sind so allenfalls dazu in der Lage, die Risiken zu mildern. So müssen gerade auch die häufig in den

Modellwelten der Neoklassik verhafteten Ökonomen schweren Herzens zugeben, dass die Zukunft im Großen und Ganzen unsicher ist und sich allenfalls durch Entscheidungsgrundlagen liefernde Heuristiken bis zu einem gewissen Maße einhegen lässt. Diese den Autoren ebenfalls bewusste Faktenlage tut der Bedeutung des Werkes jedoch keinen Abbruch, liefert es doch einen wertvollen Beitrag dazu, mittels einer epochalen Übersicht der bei den Personalentscheidungen präferierten Entscheidungsmodi – also der konkreten Verfahren der Bewerberauswahl, etwa durch Los, Wahl, Beauftragung etc. – die Entwicklung der jeweils (gesellschaftlich) präferierten, auch in kombinativer Anwendung auftretenden Verfahren einschließlich all ihrer Vor- und Nachteile herauszuarbeiten.

DANIEL GERBAULET  
Hagen (Westf.)

VSWG 105, 2018/4, 568–570

Bernd Fuhrmann

### **Deutschland im Mittelalter. Wirtschaft – Gesellschaft – Umwelt**

Zabern, Darmstadt 2017, 512 S. (eine Karte), 79,95 €.

Der Untertitel des vorliegenden Buchs verrät bereits, dass hier keine politische Geschichte angestrebt und über eine traditionelle Wirtschafts- und Sozialgeschichte hinaus ein besonderer Akzent auf die Umweltgeschichte gelegt wird. Die zeitlichen und räumlichen Grenzen werden sinnvollerweise nicht streng eingehalten. Vielmehr schließt Fuhrmann in verschiedenen Bereichen der Wirtschaftsgeschichte europäische Entwicklungen mit ein und greift dort, wo es ihm sinnvoll erscheint, weit über das Mittelalter hinaus. Angesichts dürftiger Quellenüberlieferung und der Forschungslage verwundert es nicht, dass den Phasen des frühen (S. 35–68) und hohen Mittelalters (S. 69–152) ein deutlich kleinerer Anteil innerhalb der Gesamtdarstellung zukommt und etwa zwei Drittel dem späten Mittelalter (S. 153–498) gewidmet sind. Insgesamt richtet sich der Fokus stärker auf die städtische Gesellschaft und Wirtschaft, ohne dass die bäuerlich-ländliche Welt und der Adel ausgespart werden.

Nach einem einleitenden Teil, in dem anhand von einzelnen Beispielen Klimaeinflüsse, Bevölkerungsentwicklung, unter dem Stichwort ‚Oberflächenstruktur‘ Naturkatastrophen sowie abschließend das Geldwesen dargestellt werden, wendet sich der Verf. für das Frühmittelalter jeweils in knapper Form dem Agrarsektor mit Anbauformen, Grundherrschaft und Techniken, dem Handwerk sowie den Plätzen, Wegen und Trägern des Handels zu. Ebenso thematisiert werden städtische Entwicklungen sowie soziale Strukturen, speziell die Bildung des Adels. In ähnlicher Form werden für das Hochmittelalter zunächst die mit demographischem Wachstum und grundherrschaftlichen Problemen einhergehenden Veränderungen auf dem Lande betrachtet. Etwas knapp fallen mit drei bzw. fünf Seiten die Ausführungen zum Handwerk und zum Handel aus, während dem Städtewesen in seinen verschiedenen Facetten 44 Seiten gewidmet sind, wovon der Beitrag zur Stadt Köln allein 14 Seiten umfasst. Angesichts der Entfaltung urbanen Lebens in hochmittelalter-



licher Zeit und der großen Bedeutung der rheinischen Metropole ist dies nicht ganz unbegründet; zumindest finden sich auch weitere Aussagen zu Gewerbe, Handel und Wirtschaft vor dem 14. Jh. und es wird in einem eigenen kleinen Abschnitt das Verkehrswesen behandelt. Die Skizzierung der Veränderungen der sozialen Verhältnisse des Adels vom 11. Jh. bis zum Beginn der Frühen Neuzeit berücksichtigt u. a. Verfestigungen und Ausformungen spezieller Herrschaft, sozialen Auf- oder Abstieg, Differenzierungs- und Abstufungsprozesse, aber auch Lebensweise und Bewusstsein sowie die wirtschaftlich-finanzielle Situation der Herrschaftsträger. Wenig Aufmerksamkeit erfährt dagegen das sich monetarisierende Lehnswesen.

In strukturierter und zugleich durch illustrierende Beispiele aufgelockerter Form zeichnet Fuhrmann anschließend ein facettenreiches Bild der spätmittelalterlichen Wirtschaft und Gesellschaft. Zunächst werden die Entwicklungsstränge im Agrarsektor mit neuen Formen der Bewirtschaftung und die sozialen Verhältnisse und Konflikte im bäuerlichen Umfeld zusammengefasst. Besonders gelungen sind die detaillierten Ausführungen zur Wald- und Forstwirtschaft, die die enorme Bedeutung der Ressource Holz und der Wälder für das menschliche Leben und Wirtschaften, aber auch die Probleme aus einer Übernutzung und darauf bezogene Lösungsversuche vor Augen führen. Das Städtewesen wird in einem größeren Abschnitt vorgestellt, in dem unterschiedliche Typen einschließlich demographischer und verfassungsmäßiger Entwicklungen zur Sprache kommen und sich der Verf. detailliert mit Fragen der Ver- und Entsorgung sowie der urbanen Infrastruktur befasst. Ein eigener kleiner Absatz ist dem Bauen und Wohnen in Stadt und Land gewidmet.

Vergleichsweise schmal erweisen sich wiederum die Ausführungen zu Handwerk und Produktion, die allerdings im darauffolgenden Abschnitt ergänzt werden. Angesprochen werden ausgewählte Produktionszweige, Zunftwesen wie Gesellenorganisation und unter den Produktionstechniken insbesondere das Mühlenwesen. Intensiv beschäftigt sich der Verf. mit dem Handel, berücksichtigt u. a. Fragen kaufmännischer Ausbildung und Handelstechniken, der Bewertung von Zins und Gewinn, blickt auf Standorte mit wichtigen Firmen, behandelt Messen und Märkte sowie ausgewählte Fernhandelsgüter und -waren. Im Anschluss daran erläutert Fuhrmann verschiedene Aspekte der Geschichte der Hanse und knapp, aber präzise das Verlagswesen als Organisations- und Kreditform.

Für die Sozialstruktur bedient sich der Verf. des Drei-Schichten-Modells von Maschke, beschreibt differenziert Armut, Bettelei und Fürsorgeeinrichtungen sowie Reichtum und Führungsschichten in einzelnen Städten und illustriert dies anhand des Aufstiegers Burkard Zink. Ein besonderer Abschnitt gilt dem jüdischen Leben und Wirtschaften vom 9. bis 17. Jh. Warum erst danach Bergbau und Montan Sektor in den Blick genommen werden, bleibt offen; wichtig als Ergänzung ist die Betrachtung von Edelmetallgewinnung und -verarbeitung, Salinen und Kohleabbau mit ihren z. T. schädlichen Folgen allemal. Die Thematisierung des für die Menschen gravierenden Schwarzen Todes und anderer Seuchen wäre ebenfalls an früherer Stelle sinnvoll gewesen; über Gliederung, Gewichtung und Akzentsetzungen ließe sich allerdings trefflich streiten. Unter den Stichworten ‚Öffentliche Finanzen und Kreditwirtschaft‘ sowie ‚Ernährung‘ schließen sich weitere Teilaspekte an, bevor der Verf. in einem knappen Rückblick noch einmal auf das Verhältnis, die Bereiche und Abfolge von Dynamik und Stagnieren sowie einige wichtige Tendenzen im Laufe der Jahrhunderte hinweist.

Insgesamt legt Fuhrmann mit seinem Buch eine moderne, flüssig geschriebene Darstellung der Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft während des Mittelalters vor, die – wenngleich in unterschiedlicher Intensität – nahezu alle wichtigen Bereiche abdeckt. Sie bietet sich gerade für

diejenigen an, die weniger an einem Nachschlagewerk – zu dem auch ein Register gehört hätte –, an Theorien, an Tabellen, Karten und Abbildungen als an einem gut lesbaren Überblick und speziell an Fragen der Umweltgeschichte interessiert sind.

RUDOLF HOLBACH  
Oldenburg

VSWG 105, 2018/4, 570–571

David Schick

**Vertrauen, Religion, Ethnizität. Die Wirtschaftsnetzwerke jüdischer Unternehmer im späten Zarenreich**

(Religiöse Kulturen im Europa der Neuzeit 11). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2017, 202 S. (9 Abb., 7 Tab.), 60,00 €.

Das vorliegende Werk, beruhend auf einer im Wintersemester 2016/2017 an der Ludwig-Maximilians-Universität München angenommenen und von Martin Schulze Wessel betreuten Dissertation, leistet einen Beitrag sowohl zur osteuropäisch-jüdischen Geschichte als auch zur Geschichte europäischer Handelsnetzwerke von der zweiten Hälfte des 19. Jh.s bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges.

In drei Kapiteln untersucht David Schick die wirtschaftlichen Netzwerke dreier jüdischer Unternehmer in drei Städten des Zarenreiches, anhand derer die Diversität solcher Netzwerkbeziehungen aufgezeigt wird. Schick fragt, welche Rolle ethnisch-religiöse Zugehörigkeit bei ökonomischer Vertrauensbildung spielte und ob diese in den Fallbeispielen unterschiedlich ausgeprägt war.

In Łódź, die Schick als neue Stadt im alten Land, d. h. als aufstrebende Industriemetropole mit traditionellen jüdischen Gemeindestrukturen charakterisiert, untersucht er das Beispiel des Textilfabrikanten Markus Silberstein, der aus einer Kaufmannsfamilie stammend am Ende der 1870er Jahre in die Textilproduktion einstieg. Neben einem eng geknüpften familiären Netzwerk findet der Autor hier relativ starke wirtschaftliche Beziehungen zu christlichen Unternehmern, während innerhalb des Ansiedlungsrayons die meisten Geschäftspartner Silbersteins jüdisch waren. Aufschlussreich ist dabei in Łódź und Warschau der vorrangige Kontakt zu reformorientierten jüdischen Geschäftspartnern. Dass Silberstein, wo möglich jüdische Geschäftspartner nichtjüdischen vorzog, begründet der Autor überzeugend mit den immer noch schwach entwickelten Institutionen im Russischen Reich.

In Wilna, der alten Stadt im alten Land, d. h. einer mittelalterlich verfassten Stadt mit traditionellen jüdischen Gemeindestrukturen, untersucht der Autor das Beispiel der Tabakfabrik der Gebrüder Edelstein. Der Schwerpunkt liegt auf den Beziehungen zwischen den Fabrikanten und ihren ebenfalls jüdischen Arbeitern. In dem Konflikt zwischen jüdischen Arbeitern und Fabrikanten, der letztendlich 1897 nicht nur zur Gründung des jüdischen Arbeiterbundes in Wilna führte, sondern im konkreten Fall auch zum Bankrott der Gebrüder Edelstein, sieht Schick die Auflösung einer innerjüdischen Vertrauensbasis und Solidarität, auch wenn sich fragen lässt, inwieweit diese hierarchische Beziehung mit Netzwerkbeziehungen jüdischer Unternehmer vergleichbar ist. Dass

der Autor das Scheitern dieser und anderer innerjüdischer Geschäftsbeziehungen der Edelsteins anstatt auf wirtschaftliche Faktoren v. a. auf die „abnehmende Reichweite religiöser Moralvorstellungen“ (S. 120) zurückführt, kann jedoch nicht völlig überzeugen.

Als dritter Ort wurde Odessa als neue Stadt in neuem Land gewählt. In der erst 1794 gegründeten Hafenstadt, die Unternehmer und Abenteurer verschiedenster ethnischer Zugehörigkeit anzog, fehlten traditionelle jüdische Gemeindestrukturen. Am Beispiel des Unternehmers und späteren Schuhfabrikanten Moses Lissiansky zeigt Schick, dass ethnische Diversität nicht automatisch zu intensiven wirtschaftlichen Verflechtungen führte, sondern ethnische Enklaven als wirtschaftliches Organisationsmuster vorherrschten. Dies wurde im jüdischen Fall durch antijüdische Gewalt noch verstärkt, die auch der Grund für Lissianskys Auswanderung nach Wien (1905) war, wo er eine Schuhfabrik aufbaute. Dort musste er feststellen, dass er aufgrund seiner Zuwanderung von einem innerjüdischen Vertrauenssystem ausgeschlossen war, und setzte stark auf familiäre und landsmannschaftliche Verbindungen, während seine schon bestehenden Kontakte zu jüdischen Unternehmern im Zarenreich belastbar blieben.

Schick kommt zu dem Schluss, dass „die ethnische und religiöse Zugehörigkeit der Akteure ihre Wirtschaftsbeziehungen nachhaltig prägte“ (S. 175), jedoch keinesfalls einem Automatismus unterlag und der radikale sozioökonomische Wandel im späten Zarenreich die Bedeutung solcher Zugehörigkeiten einschränken oder erschüttern konnte. Insgesamt hat der Autor eine spannende Studie vorgelegt, die die jüdische Geschichte im Zarenreich vergleichend als auch transnational betrachtet. In seiner Kürze bietet das Buch für den Leser eine angenehme Lektüre, auch wenn man sich an manchen Stellen doch eine detailliertere und tiefgreifendere Analyse der Netzwerkbeziehungen gewünscht hätte, da selbst dort wo wie im Fall Lissianskys Memoiren vorliegen, die Protagonisten selbst kaum zu Wort kommen.

CORNELIA AUST

Bielefeld

VSWG 105, 2018/4, 571–573

Rudolf Schlögl / Philip R. Hoffmann-Rehnitz / Eva Wiebel (Hg.)

**Die Krise in der Frühen Neuzeit**

(Historische Semantik 26). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2016, 399 S. (2 Abb.), 55,00 €.

Krisen haben Konjunktur. Nicht nur die Allgegenwart des Themas hat in den letzten Jahren zu einer Reihe von entsprechenden Publikationen geführt, von denen sich der sorgfältig von den Hg. betreute Band in (mindestens) dreierlei Hinsicht unterscheidet: Er intendiert erstens einen systemtheoretisch inspirierten Zugriff auf die Thematik, der sich vor allem darin äußert, dass die Krisendiagnostik durch Beobachter einer Krise erfolgt und damit als Selbstbeobachtung einer im Lauf der Zeit immer (selbst-)reflexiver werdenden Gesellschaft thematisiert wird, meist ohne Verwendung des Begriffs „Krise“ selbst durch die Zeitgenossen. Denn zweitens stammen die Fallbeispiele nicht

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

aus der Koselleckschen Sattelzeit der Moderne, sondern aus der Frühen Neuzeit mit einem Schwerpunkt im durchaus krisenhaften 17. Jhrt. Drittens zeichnen sich die einzelnen Beiträge wie – in der Zusammenschau – der gesamte Band durch das erfreuliche Bemühen aus, Differenzierungen in der Krisenwahrnehmung und -deutung möglichst genau zu erfassen und damit zugleich einen substantiellen Beitrag zur allgemeinen Geschichte der untersuchten Periode zu leisten. Das freilich ist auch eine Folge der Tatsache, dass keineswegs alle Beiträge dem intendierten systemtheoretischen Zugriff folgen und einige auch Phänomene untersuchen, die eher (vom Analysierenden wie Analytierten) als Niedergang kategorisiert werden: Philipp R. Hoffmann-Rehnitz z. B. thematisiert Narrative des Niedergangs in Lübeck, die schon in den 1650er Jahren einsetzten (S. 179) und bis Anfang des 18. Jhs anhielten (S. 197), definitiv zu lang für eine Krise, der (das wird man als *opinio communis* festhalten dürfen) ein Moment und nicht ein Halbjahrhundert der Entscheidung eigen ist. Doch es macht einen Teil der Erkenntnis in diesem Beitrag wie in anderen aus, dass Niedergangs- und Krisennarrative durch die Tendenz verbunden sind, Entwicklungen zu verzeitlichen, gesellschaftliche Dynamik zu reflektieren und durch diese Form gesellschaftliche Selbstbeobachtung und -deutung einer Bearbeitung zugänglich zu machen.

Nach dem luziden in die Thematik, den systemtheoretischen Zugriff und den Band einführenden Beitrag von Rudolf Schlögl analysiert Sabine Kalff die Schriften Tommaso Campanellas zu den Vorzeichen einer Krise vor dem Eintritt des Jahres 1600. Unter Rückgriff auf die medizinische Semiotik habe er das Jahr 1600 als kritisch definiert und so den Zeitpunkt seiner Verschwörung zum Sturz der spanischen Herrschaft in Süditalien begründet, um die Situation zum Besseren zu wenden. Eva Schnadenberger thematisiert Liedflugblätter zu Wunderzeichen als vor allem im lutherischen Milieu zur eben nicht selbstreflexiven (apokalyptischen) Gegenwartsdiagnose eingesetztes Medium, während Andreas Pečar die Bedeutung biblizistischer Narrative in den Fastenpredigten vor dem englischen Parlament als handlungsleitende Deutungsmuster betont, die zwar Kontingenz beseitigten, aber auch den Weg in den Bürgerkrieg ebneten, den Günther Lottes hingegen als Kommunikationskrise charakterisiert, der durch grundsätzliche Offenheit im Verlauf geprägt gewesen sei. Zentrale Aspekte der gesellschaftlichen Reaktion thematisiert Andreas Suter, der am Fallbeispiel des schweizerischen Bauernkriegs 1653 zeigen möchte, dass Krisen entgegen konstruktivistischer Annahmen einen durchaus „essenzialistischen Kern“ (S. 142) haben, der mit sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Methoden analytisch feststellbar sei und einen Vergleich von ‚Normalität‘ und ‚Krise‘ aus der analytischen Perspektive der Historiker/in erlaube. Andrea Iseli geht umgekehrt vor, indem sie die Zunahme an Policeyverordnungen im Basel des Dreißigjährigen Krieges als Symptom einer Krise und zugleich Mittel ihrer Bearbeitung durch die Obrigkeit analysiert, freilich ohne dies quantitativ zu untermauern. Mit der „Gewöhnung an die Inflation in der deutschen Münzpublizistik des 17. Jahrhunderts“ schreitet Justus Nipperdey von der Wahrnehmung der Kipper- und Wipperzeit 1620–1623 als Katastrophe oder Krise (S. 245–248) bis zur Wahrnehmung der Inflation in der zweiten Jahrhunderthälfte als (verderblichen) Wandel, der Möglichkeiten der Steuerung aufweist, den bereits erwähnten Verzeitlichungsprozess als Signum zunehmender Selbstreflexion ab. Dass Bankrott, der nicht vom Individuum verschuldet wurde, dennoch als Vertrauenskrise, persönliches Versagen oder schuldhaftes Handeln von Akteursgruppen gedeutet werden konnte, zeigt Mark Häberleins Beitrag, der damit freilich ein Darstellungs- und Deutungsmuster rekonstruiert, das nicht nur in der Frühen Neuzeit wirksam war. Der didaktischen Dramaturgie barocker Trauerspiele, in denen persönliche und Staatskrisen poetologisch verbunden sind, indem beim Zuschau-

er durch Affekte eine Katharsis bewirkt und dadurch der Umgang mit Krisensituationen eingeübt wird, widmet sich Dirk Niefanger, während Konrad Petrovsky in der moldauischen Chronistik des 17. Jh.s dem Zusammenhang zwischen dem römischen Herkunftsnarrativ und der zeitgenössischen Krisensemantik nachspürt. Marian Füssel analysiert Schlachten des 18. Jh.s als Krisensituation par excellence, weil einerseits die Schlacht selbst einen Entscheidungsmoment darstelle, sich in der Schlacht weitere Entscheidungsmomente ergäben und sie post festum (zumindest in der Militärgeschichte) als solche konstruiert würden. Zwei Beiträge thematisieren schließlich, auf den Spuren Kosellecks, die Rolle der (politischen) Publizistik in der ‚Sattelzeit‘ der Moderne. Jan Marco Sawilla zeigt am Beispiel der Publizistik im Vorfeld der französischen Revolution, wie sich ein Krisenkonzept mit „den performativen Seiten politischen Agierens“ (S. 368) verband und insofern zunehmend an präsentischer Qualität gewann. André Krischer zeigt, wie der Krisenbegriff in der englischen Publizistik des 18. Jh.s zunächst instrumentalisiert wurde, als Folge der Lösung der amerikanischen Kolonien vom Mutterland aber zunehmend selbstreflexive Dimensionen gewann.

Der Band besticht insgesamt durch seinen Perspektivenreichtum und die fast durchweg hervorragende Qualität der Beiträge, die viele neue Einzelerkenntnisse präsentieren. Entscheidungsmomente führten freilich nicht erst in der Frühen Neuzeit zu einer „Zurichtung von Komplexität“ (S. 20), aber die sich entwickelnden, in diesem Band in ihrer vielfältigen Schichtung und Überlagerung eindrücklich beschriebenen Krisenkonzepte ermöglichten zweifellos ein besseres Kommunizieren über Transformationsprozesse.

GERRIT JASPER SCHENK  
Darmstadt

VSWG 105, 2018/4, 573–574

Thea E. Stolterfoht

**Die Südfrüchtehändler vom Comer See im Südwesten Deutschlands im 17. und 18. Jahrhundert. Untersuchungen zu ihrem Handel und ihrer Handlungsorganisation**

(Rechtsgeschichtliche Studien 74). Dr. Kovač, Hamburg 2017, 756 S., 149,80 €.

Die italienische Einwanderung nach Südwest- und Westdeutschland seit 1650 ist durch zahlreiche Studien vergleichsweise gut untersucht, was insbesondere für die italienischen Wanderhändler vom Comer See gilt, da sich aus deren Handelskompanien mehrere große Handelshäuser entwickelten, die wie die Frankfurter Brentanos auch eine deutschlandweite Bedeutung besaßen. Thea Stolterfoht – ehemalige Richterin am Verfassungsgericht Freiburg – hat nun ihre Lokalstudie über die italienischen Kaufleute in Heilbronn von 2006 auf breiter Quellengrundlage zu einer Geschichte der Südfrüchtehändler vom Comer See im deutschen Südwesten des 17. und 18. Jh.s ausgeweitet und als rechtsgeschichtliche Dissertation vorgelegt.

Im ersten Kapitel beschreibt Stolterfoht zunächst allgemein die italienische Einwanderung nach 1600 und die – meist vergebliche – Abwehrreaktion der Territorien und Städte, bevor sie da-

nach ausführlich auf den Handel der Südfrüchtehändler eingeht. Schon an dieser Stelle widmet sich die Autorin eingehend den Grundstrukturen der Handelskompanien, die von mehreren Italienern für einige Jahre gemeinsam betrieben wurden und danach stets in gleicher oder neuer personeller Konstellation neu gegründet wurden. Im dritten Kapitel bilden dann die Handelsverträge des 17. Jh.s, die diesen Handelskompanien zugrunde lagen, das zentrale Untersuchungsobjekt. Die Vf.in analysiert diese italienischen Verträge dabei Punkt für Punkt hinsichtlich der Form, der Laufzeit, der Kapitalverhältnisse und Gewinnverteilung, der personellen Kontinuitäten oder der Aufnahme von Söhnen der Kompagnons als „Lehrlingen“ sowie der Auflösung der Gesellschaft. Im vierten Kapitel stehen dann die Kompanieverträge des 18. Jh.s im Vordergrund der Untersuchung, deren Ergebnisse die Vf.in nun aufgrund der besseren Quellengrundlage stärker in die Handelsgeschichte einbetten kann. Auch hier geht Stolterfoht anhand zahlreicher Fallbeispiele über die Frankfurter Brentano Tremezzo, die Togno in Philippsburg oder die Bianchi in Heilbronn sachkundig auf die einzelnen Vertragsbedingungen ein, bevor sie sich im fünften Kapitel auf die Entwicklung einiger italienischer Einzelkaufleute in Bruchsal, Bretten, Bönigheim, Ludwigsburg und Heppenheim (Prestinari, Ferari, Zanotta, Mainoni, Piazo) konzentriert.

Neben der ausführlichen Auswertung der italienischen Verträge, aber auch anderer Quellen wie Reichskammergerichtsprozessen und der umfangreichen Sekundärliteratur gelingt der Autorin auch die Einordnung ihrer Ergebnisse in die Handelsgeschichte vor 1800. Stolterfoht arbeitet dabei sowohl die Erfolgsfaktoren der Handelskompanien vom Comer See – neben der Arbeitsteilung waren dies u. a. auch die Filialbildung und die bewusste ständige Missachtung ständischer Nahrungsreglementierungen – als auch die für den Erfolg einzelner Händler so wichtigen Verschiebung von italienischen Südfrüchten zum Handel mit Kolonialwaren und anderen Konsumgütern überzeugend heraus. Auch die langsame Auflösung der Kompanien nach 1700 und ihr Weiterbetrieb als familiäre Handelshäuser sowie die damit verbundene gesellschaftliche Integration der ehemaligen Wanderhändler an ihren einzelnen Standorten werden anschaulich herausgearbeitet. Aufgrund dieser und anderer Ergebnisse – die schließlich ein umfangreicher Anhang komplettiert, in dem nicht nur die Genealogie einiger Familien und Handelskompanien, sondern auch zahlreiche Kompanieverträge und andere Quellen (Geschäftsbriefe, Testamente etc.) in deutscher Übersetzung abgedruckt sind – ist die Arbeit deshalb nicht nur Rechthistorikern, sondern allen empfohlen, die an der Handels- und Konsumgeschichte Südwestdeutschlands in der Frühen Neuzeit interessiert sind.

RALF BANKEN  
Frankfurt a. M.





## C. Sozialgeschichte

VSWG 105, 2018/4, 575–576

Anette Blaschke

### **Zwischen „Dorfgemeinschaft“ und „Volksgemeinschaft“. Landbevölkerung und ländliche Lebenswelten im Nationalsozialismus**

(Nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ 8). Schöningh, Paderborn 2018, 485 S., 68,00 €.

Klappern gehört bekanntlich nicht ausschließlich zum Handwerk. Auch bei der Anfertigung von Dissertationen kann es akustische Akzente setzen. Wenn etwa ein titelgebender Terminus, in diesem Fall ‚Volksgemeinschaft‘, in einer aus dem universitätsübergreifenden niedersächsischen Forschungskolleg „Nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft““ hervorgegangenen Studie als dysfunktionale analytische Kategorie einleitend ausdrücklich abgelehnt wird, um im Verlauf der Darstellung dennoch diskutiert zu werden, macht es sich unüberhörbar geltend. Auch die Behauptung, eine Auswertung der Schriftquellen von 24 Dörfern im Raum Hameln-Pyrmont sei nicht mit einer herkömmlichen regionalhistorischen Betrachtung gleichzusetzen, weil die methodische Festlegung auf eine praxeologische Vermessung gemeindlicher Lebenswelten, also die Offenlegung sozialer Handlungsmuster und figurativ wechselhafter Interaktionsformen, überlegene Deutungschancen berge, bringt den sprichwörtlichen Klapperklang kaum zum Erliegen. Ähnliches gilt für die Annahme, die im genannten Landkreis vorherrschende Ungleichheit der Hofgrößen und der agrarbetrieblichen Produktionskapazitäten erlaube „in Ausschnitten“ repräsentative Ausblicke auf die deutschen Landbauzonen insgesamt. Diese Mutmaßung hebt nämlich den Verdacht nicht auf, dass die normativen Regelwerke und die gebräuchlichen Aushandlungsstrategien von landsässigen Erzeugern auch nach 1933 in den masurischen Krähwinkeln Ostpreußens oder den konfessionell milieustabilisierten Winzergemeinden des südbadischen Kaiserstuhls von anderen Richtwerten bestimmt gewesen sind, als jene ihrer Kollegen im bauernideologischen Referenzraum nahe des Bückebergs.

Seine Widerlegung hätte eines Vergleichs bedurft, auf den Anette Blaschke jedoch verzichtet hat. Das lässt sich beklagen, freilich darf das einschlägige Lamento nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Verfasserin auch im isolierten Zugriff auf das niederdeutsche Dorfensemble bei Hameln ungemein aussagekräftige, hermeneutisch exakt hergeleitete und in Bezug auf die agrarsozialen Verhältnisse im Nationalsozialismus erkennbar weiterführende Einsichten gelungen sind. Sie lassen sich lediglich stichwortartig andeuten: Als innovativ muss die plastische Rekonstruktion der breitgestreuten Aufgaben von Ortsbauernführern als Basissegment des Reichsnährstandsapparates eingestuft werden. Mit ihm tritt eine bislang wohl oft unterschätzte, in der Untersuchung jedoch scharf konturierte Akteurskohorte in Erscheinung. Dieser oblag es, neben den Bürgermeistern und den Ortsgruppenleitern den Nationalsozialismus im Dorf zu repräsentieren und durchzusetzen. Zugleich musste sie aber auch, wie die Verfasserin plausibel zu machen weiß, die Interessen der dörflichen Bevölkerung gegenüber den nach 1936 immer unnachgiebiger auf Ertragsmaximierung, Produktionskontrolle und Abgabedisziplin drängenden Anforderungen des Regimes vertreten. Die überzeugend hervorgehobene Zäsur der Vierjahresplanökonomie brachte tatsächlich auch wäh-

rend des Krieges einen in unterschiedlichen Graden wirksamen lokalen Eigensinn nicht zum Verstummen. Darüber, wer ‚bauernfähig‘ war, wer die Hofpatenschaft über die Betriebe wehrdienstleistender Männer korrekt ausübte, wer die begehrte Freistellung vom Militär verdiente, oder wie man mit den dringend benötigten ‚Fremdarbeitern‘ umzugehen hatte, entschieden die ortsvertrauten Reichnährstandsfunktionäre kaum autonom, sondern nahezu regelmäßig vor dem Hintergrund kommunalsozialer Gewohnheiten und Praktiken. Trotz einer potenzierten Herrschaftsverdichtung im ländlichen Raum verliefen auch die Auseinandersetzungen über Pachtverhältnisse, verpflichtende Arbeitseinsätze und vernachlässigte Leibzuchten unter den von ihnen gesetzten Vorzeichen.

Mit diesen und anderen in zahlreichen Details auf diversifizierten Feldern erbrachten Nachweisen hat Anette Blaschke dem fatal fragmentierten und schmerzlich lückenhaften Mosaikbild der agrarischen Alltagszeitgeschichte einen unstreitig glänzenden Stein hinzugefügt; nicht mehr, aber auch keinesfalls weniger.

WILLI OBERKROME

Freiburg

VSWG 105, 2018/4, 576–577

Jens Ivo Engels u. a. (Hg.)

**Stadt – Macht – Korruption**

(Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung 20). Steiner, Stuttgart 2017, 190 S., 46,00 €.

Wo immer Menschen über Macht und Einfluss verfügen, besteht die Versuchung zu Bestechung und Korruption. Dieses Spezialthemas der Sozialgeschichte nimmt sich seit einigen Jahren eine deutsch-französische Historikerguppe an. Im Rahmen ihrer Aktivitäten veranstaltete sie 2017 in Darmstadt eine international bestückte Tagung, auf der Referentinnen und Referenten aus Deutschland, den Niederlanden, Italien, Spanien, Großbritannien, Kanada und den USA ihre Forschungsergebnisse präsentierten. Dementsprechend mehrsprachig fiel auch der daraus entstandene Tagungsband aus, in dem sich einschließlich einer ausführlichen, Theorien und Forschungsstand reflektierenden Einführung fünf Beiträge in deutscher, acht in englischer und zwei in französischer Sprache finden. Als ein Hauptergebnis halten die Herausgeber unter anderem und vorweg fest, dass es sich beim auf der Tagung diskutierten Thema nicht so sehr um eine vielleicht typisch „städtische Korruption“ handelt, sondern vielmehr um „Korruption in Städten“, die in dieser Form naturgemäß auch auf anderen Ebenen des politischen Lebens zu beobachten war.

Die im Band versammelten Bände werden in drei Gruppen eingeteilt: in konkrete Fälle von Begünstigungen und Korruption, in die verschiedenen Reaktionen darauf sowie in die Entstehung von negativen Images bestimmter Städte als Folge von Korruption. Sie decken den Zeitraum vom späten 19. bis zum Beginn des 21. Jh.s ab, sind vielfach in die spezifischen Zeitumstände eingebettet und gelegentlich auch mit theoretischen Überlegungen zu Macht und Korruption verbunden. Inhaltlich reichen sie von Gefälligkeiten bei der öffentlichen Wohnungsvergabe im Minsk der 1950er

Jahre über Fälle von Gabenannahme im Frankfurter Rotlichtmilieu um 1912/14 und in der illegalen Glückspielszene im Berlin der 1920er Jahre bis hin zur Korruption mehrerer Stadträte bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen in dem als „französisches Chicago“ bezeichneten Marseille des ausgehenden 19. Jh.s, einem politischen Skandal um gefälschte Rechnungen im Bürgermeisteramt derselben Stadt rund 100 Jahre später sowie schließlich zu den in der jüngsten Vergangenheit aufgedeckten Bestechungen bei der Auftragsvergabe für die Gasversorgung von Ischia im ohnehin schon für Korruption bekannten Süditalien.

Wie diverse Unregelmäßigkeiten bei der Versorgung der Stadt mit Wasser oder Baustoffen für politische Zwecke instrumentalisiert wurden und eine breitere Diskussion über moralische Standards, politische Kultur und demokratische Kontrollmechanismen auslösten, wird am Beispiel Barcelonas um 1910, inwiefern die Bekämpfung von Korruption zwischen 1890 und 1923 zu einem politischen Wandel im Sinne einer von Massenbewegungen gekennzeichneten Modernisierung führten, am Beispiel der Städte Madrid, Granada und Igualada in Katalonien untersucht. Im England des späten 19. Jh.s erschütterten mehrere Korruptionsskandale in verschiedenen Städten den Ruf der Politik, die man fälschlicherweise und wohl etwas verfrüht für weniger korrupt als in der Vergangenheit gehalten hatte. In Frankfurt am Main wiederum wurde Ende der 1980er Jahre eine Bestechungsaffäre in mehreren städtischen Ämtern von den politischen Parteien der CDU, der SPD und der Grünen zu nutzen versucht, während im weit entfernten Hongkong dem im 20. Jh. erworbenen Ruf als Stadt der Korruption seit den 1970er Jahren mit entsprechenden Maßnahmen erfolgreich gegengesteuert wurde.

In der dritten Gruppe an Beiträgen wird gezeigt, wie das sogenannte „Gilded Age“ im späten 19. Jh. in den USA außer mit einem besonders raschen Städtewachstum auch mit viel Korruption verbunden war, wie diesseits des Atlantiks zur selben Zeit Städte wie Liverpool, Glasgow und Newcastle mit einem aus korrupten Praktiken resultierenden, negativen Image versehen wurden, wie ein ähnliches Bild der niederländischen Stadt Oss seit den 1930er Jahren mehreren Wandlungen unterworfen war und wie schließlich im Falle des kanadischen Montreal zwischen 1890 und 1960 das Korruptionsimage der Stadt zum einen auch die gesamte umliegende Provinz Quebec in Verruf brachte und zum anderen in der öffentlichen Wahrnehmung durch die kulturellen und regionalen Konflikte der Region noch zusätzlich verstärkt wurde.

FRANZ MATHIS  
Innsbruck



VSWG 105, 2018/4, 578–579

Thomas Ertl (Hg.)

**Erzwungene Exile. Umsiedlung und Vertreibung in der Vormoderne  
(500 bis 1850)**

Campus, Frankfurt a. M. 2016, 272 S., 39,95 €.

Das 20. Jh. firmiert nicht selten als „Jahrhundert der Vertreibung“. Diese griffige, wenn auch etwas affirmative Apostrophierung leistet indes nicht selten der Meinung Vorschub, Zwangsmigrationsvorgänge seien ein dezidiert modernes oder gar spezifisch europäisches Phänomen. Der hier vorzustellende Sammelband verfolgt das Ziel, diese Annahme zu korrigieren, indem zehn Beispiele für unterschiedliche Formen von Zwangsmigrationen aus Mittelalter und Früher Neuzeit vorgestellt werden; neben Europa werden hierbei auch Amerika, Afrika und Asien in den Blick genommen. Die Beiträge, die durch einen sehr gelungenen einführenden Aufsatz von Thomas Ertl (Wien) eingeleitet werden, machen klar, dass Zwangsumsiedlungen bereits in der Vormoderne ein bewährtes Mittel zur Durchsetzung bzw. Stabilisierung politischer Macht waren, auch wenn die zahlenmäßigen Größenordnungen der davon betroffenen Menschen in der Regel wesentlich kleiner waren als im 20. Jh. Dies gilt cum grano salis auch für den atlantischen Sklavenhandel, dem zwischen 1450 und 1867 zehn bis zwanzig Mio. Schwarzafrikaner zum Opfer fielen. Überaus deutlich wird in den unterschiedlichen Fallbeispielen die herausragende Bedeutung des Staates bzw. der obrigkeitlichen Durchdringung von Räumen für die Durchführung von Zwangsmigrationen: Je mehr dieser bzw. diese an Bedeutung gewann, desto effektiver waren derartige Maßnahmen bereits in der Vormoderne. Auffällige Veränderungen zeigen sich v. a. im Hinblick auf die Distinktionsmerkmale, die zu Zwangsumsiedlungen führten: Im Mittelalter spielte hier vor allem die Religion eine entscheidende Rolle, während seit der Frühen Neuzeit im weitesten Sinne ethnisch begründete Abgrenzungskriterien an Bedeutung gewannen. Immer wichtiger wurden auch auf Homogenisierung der Untertanen gerichtete Zielsetzungen obrigkeitlicher Politik.

Die enge Verbindung von religiösen und machtpolitischen Interessen bei Zwangsumsiedlungen belegt die Sachsenpolitik Karls des Großen, die von Maximilian Diesenberger (Wien) behandelt wird. Der Kaiser erreichte auf diese Weise die endgültige Christianisierung dieses Volks und die Beendigung eines jahrzehntelangen Konflikts, der seinen Herrscher-Nimbus nicht unerheblich beschädigt hatte. Möglicherweise griff Karl hier auf byzantinische Vorbilder zurück. Mit diesem bisher wenig erforschten Thema beschäftigt sich der Beitrag von Claudia Rapp (Wien); sie kann hierbei auf das erhalten gebliebene Testament des Grundbesitzers Eusthathios Boilas zurückgreifen, der im 11. Jh. von Kappadokien in die Gegend von Edessa umsiedeln und sich dort eine neue Existenz aufbauen musste. Sie vermag hierbei auch in Ansätzen herauszuarbeiten, wie Betroffene mit dieser Erfahrung umgingen. Neue Einsichten zu einem durchaus bekannten Thema vermittelt Richard Engl (Wien), der sich mit der Deportation der ca. 30.000 sizilianischen Muslime nach Apulien im frühen 13. Jh. beschäftigt. Er arbeitet hierbei zum einen die Rolle der staatlichen Obrigkeit heraus, zum andern die Mechanismen, mit denen sich die Sarazenen in und um Lucera eine neue Existenz aufbauten; sie wurden dort zu zuverlässigen Stützen der staufischen Herrschaft in Unteritalien. Aus einem wenig bekannten, hochinteressanten Forschungsfeld berichtet Karoline Noack (Bonn). Sie vermag zu zeigen, dass Zwangsumsiedlungen ein wichtiges Element der Herr-

schaftssicherung der Inka waren mit Folgen, die teilweise bis heute spürbar sind. Gottfried Liedl (Wien) wiederum behandelt den Wandel im Umgang mit den 300.000 Moriskanen auf der iberischen Halbinsel seit dem Spätmittelalter. Deutlich wird hier, dass die ursprünglich vorhandene Toleranz immer mehr einer rigiden Exklusionspolitik wich, durch die diese Minderheit eigentlich erst richtig entstand und die im frühen 17. Jh. in deren Vertreibung aus Spanien mündete. Susanne Lachenicht (Bayreuth) arbeitet in ihrem Beitrag über die Hugenotten vor allem heraus, dass entgegen einem weit verbreiteten Mythos deren Integration in die Aufnahmegesellschaften keineswegs von vorneherein eine Erfolgsgeschichte war. Auffällig ist, dass die Autorin die grundlegenden Forschungen von Matthias Asche zu dieser Thematik nicht erwähnt. Birgit Tremml-Werner (Zürich) behandelt in ihrem Beitrag die Bedeutung von Zwangsumsiedlungen für die chinesische Politik, ihre besondere Aufmerksamkeit gilt hierbei der frühen Ming-Zeit sowie der Auswanderung von Chinesen nach Südostasien seit dem 16. Jh. Andreas Obenaus (Wien) untersucht Ursprung und Erschließung des atlantischen Sklavenhandels bis ins frühe 17. Jh. Deutlich wird hier etwa, dass nach einer ersten Phase, in der die Europäer selbst auf „Sklavenjagd“ gingen, dieses aufwändige Geschäft von einem für beide Seiten vorteilhaften Sklavenhandel mit einheimischen Geschäftsleuten und Herrschern in Afrika abgelöst wurde. Martin Krieger (Kiel) untersucht den europäischen Sklavenhandel im Indischen Ozean und arbeitet hierbei v. a. heraus, dass es sich hierbei keineswegs um eine mildere Form der Sklaverei im Vergleich zum atlantischen Raum handelt, die bis weit ins 19. Jh. hinein existierte. Florian Schwarz (Wien) untersucht abschließend die vor allem kriegsbedingten Zwangsumsiedlungen von Armeniern im Iran des frühen 17. Jh.s. Schah Abbas I. agierte hier in mancher Hinsicht wie viele Herrscher des mittelalterlichen Byzantinischen Reichs.

Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass der Sammelband gerade wegen der Unterschiedlichkeit der Fallbeispiele wichtige Einsichten vermittelt, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Vergleich mit modernen Zwangsumsiedlungen eindrucksvoll sichtbar machen.

MATTHIAS STICKLER  
Würzburg

VSWG 105, 2018/4, 579–581

Jochen Oltmer

### **Migration. Geschichte und Zukunft der Gegenwart**

Theiss, Darmstadt 2017, 288 S. (13 Abb. 6 Tab., 18 Schaubilder), 24,95 €.

Seit 2015 ist Migration (wieder) ein zentrales, kontrovers diskutiertes Thema in Politik, Medien und Gesellschaft der Bundesrepublik. Die Diskussionen weisen mindestens fünf Merkmale auf. Sie haben erstens einen eingeschränkten Fokus, der vor allem auf die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen sowie die Bedingungen und Folgen der Aufnahme der Asyl- und Schutzsuchenden gerichtet ist. Zweitens charakterisiert die Debatten eine starke Polarisierung. Ob als Armutsmigration, Einwanderung in die Sozialsysteme oder bezüglich der inneren und äußeren Sicherheit – Migration wird vor allem als Gefahr wahrgenommen. Im Gegensatz dazu steht die Auffassung,

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

Zuwanderung sei ein wichtiges Instrument, um die Nachfrage nach Arbeitskräften zu decken, die demographische Struktur der deutschen Gesellschaft zu verbessern und damit die Wirtschaftskraft, die Sozialsysteme und den Wohlstand des Landes zu sichern. Die Diskussionen weisen drittens eine nationale Engführung auf. Im Mittelpunkt steht, was der Bundesrepublik schaden oder nutzen könnte. Die Länder der EU und darüber hinaus geraten nur dann in den Blick, wenn sie helfen können, Standpunkte – Gefahr oder Bereicherung – zu untermauern. Viertens mangelt es den Auseinandersetzungen über Migration an historischer Tiefenschärfe. Lediglich die Zeitgenossenschaft bestimmt, was in den Blick genommen wird. Fünftens fehlt die globale Einordnung, sodass wesentliche Ursachen für Migration nicht gesehen werden und Maßstäbe fehlen, um das Geschehen zutreffend einordnen zu können.

Vor diesem Hintergrund ist der Stellenwert des Bandes zu sehen. Als historisch arbeitenden Migrationsforscher interessieren Oltmer anlässlich der Aktualität von Migrationsfragen grundsätzliche Probleme dieses die Entwicklung von Gesellschaften maßgeblich bestimmenden globalen Phänomens. Ihm ist an definitorischer Klarstellung, Systematisierung, Migrationsregimen und den Verbindungen zwischen lokalen, regionalen, inter- und transkontinentalen Migrationen gelegen. Er will „Einblicke in zentrale Muster der deutschen, europäischen und globalen Migrationssituation in der Neuzeit und insbesondere seit dem späten 18. Jahrhundert“ (S. 17) bieten, den Wandel der Migrationsverhältnisse aufzeigen und deren Hintergründe, Rahmenbedingungen und Folgen beleuchten. Einem makrohistorischen Ansatz verpflichtet, hat er die langfristigen Entwicklungen im Blick. Davon verspricht er sich, Schlüsse für die Migrationsverhältnisse der Gegenwart ziehen und zumindest Fragen zu künftigen Bevölkerungsbewegungen entwickeln zu können.

Die dem internationalen Forschungsstand verpflichtete Publikation ist in neun etwa gleich lange Kapitel gegliedert. In den beiden ersten geht Oltmer zunächst der Geschichte des Begriffs ‚Migration‘ sowie dessen sich ändernden Bedeutungen nach und stellt Ansätze und Untersuchungsfelder der Historischen Migrationsforschung dar. Diese hat sich in Deutschland unter maßgeblicher Mitwirkung des 1990 gegründeten Instituts für Migration und interkulturelle Studien in Osnabrück (IMIS) etabliert, dem Oltmer angehört. Anschließend werden Motive, raum-zeitliche Dimensionen, Erscheinungsformen und Typologien von Migration vorgestellt. Wenn im Buch vor allem Migrationsprozesse und -strukturen interessieren, so wird hier, und nur hier, auf die Bedeutung von persönlichen Netzwerken bei Migrationen und der Handlungsmacht von Individuen und Kollektiven hingewiesen, die die von den modernen Nationalstaaten gewünschte weitgehende institutionelle Regulierung von Migrationsprozessen in hohem Maß unterlaufen.

Die folgenden sieben Kapitel führen von einem Rückblick ins 16. Jh. bis zur Gegenwart und sind einem eher traditionellen chronologischen Ordnungsmuster verpflichtet. Dabei werden regionale oder inhaltliche Schwerpunkte gesetzt: Bevölkerungswandel in Europa und Amerika (16–18. Jh.); Massenmigration im langen 19. Jh.; deutsche und europäische Arbeitsmigration als Folge von Industrialisierung und Agrarmodernisierung; Migration im späten 19. und im 20. Jh. als Folge des Kolonialismus mit Beispielen aus Argentinien, Sibirien, der Mandschurei, Südafrika und Indien; Gewaltmigration im Zeitalter der Weltkriege; Migration nach 1945 zwischen Kaltem Krieg und boomenden Märkten; schließlich die neue Ost-West-Migration sowie die globale Flüchtlingsfrage am Übergang vom 20. zum 21. Jh.. Die Auswahl, unterstützt durch Schaubilder, ist nicht immer überzeugend, was Unterschieden im Forschungsstand geschuldet ist.

Es überrascht nicht, dass das letzte Unterkapitel den Titel „Deutschland und die globale Flücht-



lingsfrage“ trägt. Damit kommt Oltmer zum zeitlichen Anlass für sein Buch zurück. Es gelingt ihm, ein in einem unmittelbaren Zusammenhang stehendes Bündel von sechs Faktoren herauszuarbeiten, das plausibel erklärt, weshalb 2015 weitaus mehr Flüchtlinge in die Bundesrepublik kamen als zuvor. Damit unterstreicht er sein Plädoyer für eine Migrationsforschung und -politik, die im 21. Jh. weit über die Grenzen des eigenen Nationalstaats hinaus global angelegt sein müssen.

Die Kapitel sind in sich fein, fast handbuchartig gegliedert, sodass anhand des Inhaltsverzeichnisses ein zielgerichteter Zugriff zu einzelnen Epochen, Regionen der Welt und Sachfragen möglich ist. Der sozial- und strukturgeschichtlichen Vorgehensweise entsprechen die fast vollständig fehlende individuelle Perspektive der Migrierenden und die vielen, manchmal überbordenden Zahlen. So finden sich zum Beispiel in dem Unterkapitel, in dem das Verhältnis von zunehmender Weltbevölkerung und Migration thematisiert wird, in acht Zeilen acht Zeitangaben und neun zu Bevölkerungszahlen (S. 206). Ein dem globalen migrationsgeschichtlichen Ansatz verpflichtetes umfangreiches Literaturverzeichnis beschließt den Band (S. 255–287).

Mit seiner Zugangsweise, Struktur und Dichte ist der Band ein willkommener, den Forschungsstand spiegelnder Überblick zum globalen Phänomen Migration in seiner historischen, regional differenzierten Ausbildung. Das Buch ist jedem zu empfehlen, der sich mit Migrationsfragen beschäftigt: ob aus der Perspektive der Wissenschaft, der Politik oder des an einer zentralen gesellschaftlichen Frage der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft interessierten Zeitgenossen.

MATHIAS BEER  
Tübingen

VSWG 105, 2018/4, 581–583

Miriam Rürup  
**Alltag und Gesellschaft**

(Perspektiven deutsch-jüdischer Geschichte). Schöningh, Paderborn 2017, 196 S., 30,90 €.

Miriam Rürups Werk ist der sechste Band einer von Stefanie Schüler-Springorum und Rainer Liedtke herausgegebenen, auf sieben Bände angelegten Reihe, deren letzter Band von Rainer Liedtke zu „Wirtschaft und Ungleichheit“ inzwischen ebenfalls erschienen ist. Ziel der Reihe ist es, sich der deutsch-jüdischen Geschichte der Neuzeit über thematische Schwerpunkte anzunähern, die im Titel jeweils mittels eines Begriffspaares umschrieben werden.

Die Vf.in beschäftigt sich mit „Alltag und Gesellschaft“ zwischen dem späten 18. Jh. bis in die 1960er Jahre und gibt knappe Ausblicke auf aktuelle Entwicklungen. Alltag versteht sie als „lebensweltliches Echo wirkmächtiger historischer Entwicklung und veränderter struktureller Rahmungen“ (S. 14). In acht Kapiteln werden Aspekte dieses Alltags untersucht, wobei stets die Shoah als fundamentaler Bruch innerhalb der deutsch-jüdischen Geschichte akzentuiert wird.

Das erste Kapitel thematisiert die rechtlichen Rahmenbedingungen zwischen jüdischer Emanzipation, aufkommendem Antisemitismus und der schrittweisen Verbürgerlichung der Juden. In

den Blick genommen werden zudem demographische Aspekte wie Migration und Fertilität. Im Kapitel „Aufwachsen und Leben“ kommen Kindererziehung, Heiratsmuster und Ernährung zur Sprache. Außerdem werden Schul- und Universitätsbesuche sowie die Sprachproblematik (Jiddisch oder Deutsch) erörtert. Das folgende Kapitel „Arbeit“ untersucht den Wandel der Erwerbsmöglichkeiten und -formen der jüdischen Deutschen nach der Emanzipation. Nachdem 1878 das religiöse Bekenntnis für die Einstellung in den Staatsdienst und die Berufswahl für irrelevant erklärt worden war und sich in der Weimarer Republik die volle Chancengleichheit von Juden und Christen in Arbeitsleben und Militär eröffnet hatte, brach diese Entwicklung in Richtung religiöser Toleranz mit dem Nationalsozialismus abrupt ab. Nach dem Krieg veränderten die zumeist aus Osteuropa stammenden Überlebenden des Holocaust, die sog. *Displaced Persons*, erneut die Berufsstruktur, da sie traditionell ein anderes Berufsspektrum aufwiesen als deutschstämmige Juden.

Das Kapitel „Wohnen“ nimmt die Abwanderung der jüdischen Landbevölkerung in die Städte nach dem Wegfall der Matrikelparagraphen in den Blick. Mit der Zuwanderung von Juden aus Osteuropa seit dem späten 19. Jh. siedelten diese an den ehemaligen Wohnorten alteingesessener deutscher Juden, während jene sich nun in den bürgerlichen Vierteln der Städte niederließen. Die infolge des Nationalsozialismus erzwungene Migration deutscher Juden wird hier ebenso betrachtet wie die Auswanderung nach Palästina, ohne jedoch die Schicksale dieser Migranten näher zu erörtern.

Das Kapitel „Sich Engagieren“ zeigt, wie sich jüdische Deutsche am politischen, kulturellen und sozialen Leben beteiligten. Dabei verlief die Entwicklung in den einzelnen deutschen Staaten nicht gleichförmig: Während preußische jüdische Männer mit dem Bürgerrecht zu Beginn des 19. Jh.s das aktive und passive Wahlrecht erhielten, konnten sich beispielsweise im Königreich Bayern jüdische Einwohner zu Beginn des 19. Jh.s nur auf lokaler Ebene engagieren. Hingegen waren sie in der Nationalversammlung von 1848 und kurz danach auch in den Landtagen vertreten. Die Rahmenbedingungen für politische Partizipation änderten sich im Kaiserreich erneut; die meisten Reichstagsabgeordneten jüdischer Herkunft waren jedoch getauft. Die Weimarer Republik brachte schließlich die vollständige Gleichberechtigung mit christlichen Staatsbürgern, die 1933 ein abruptes Ende fand.

Seit dem Ende des 18. Jh.s wurden die jüdischen Gemeinden zunehmend staatlich beaufsichtigt und christlichen Gemeinden gleichgestellt, was zu einer Differenzierung des jüdischen Lebens führte. Diese schlossen sich erst angesichts der nationalsozialistischen Bedrohung wieder zusammen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1950 der Zentralrat der Juden in der Bundesrepublik Deutschland gegründet, der als Dachverband der Landesverbände fungierte und dem sich erst nach 2000 auch liberale Gemeinden anschließen konnten. Das Kapitel „Gesellig sein“ zeigt, dass für Juden wie für Christen Deutsche Vereine als „wichtige Sozialisationsagenturen der bürgerlichen Gesellschaft“ fungierten. Lesevereine, Sportvereine und Jugendarbeit unterstützten den Weg in die neue Bürgerlichkeit. Das Kapitel „Forschen und Darstellen“ analysiert, wie der ungehinderte Zugang zum Studium jüdischen Deutschen vor allem in den freien Berufen neue Chancen eröffnete, was sich in der großen Zahl jüdischer Ärzte, Juristen, Journalisten sowie Theater- und Filmschaffender widerspiegelt. Der Weg in den Staatsdienst war jedoch langwierig und endete 1933.

Rürups Buch reflektiert den gegenwärtigen Stand der Forschung und betrachtet jüdische Geschichte konsequent als integralen Teil der deutschen Geschichte. Dabei gelingt es der Autorin, neue Perspektiven zu eröffnen. Allerdings fällt die Fokussierung auf Norddeutschland ins Auge – ein Umstand, den Rürup selbst thematisiert (S. 105). Die Einbeziehung der alten jüdischen Sied-

lungsregionen in Süddeutschland fällt demgegenüber unbefriedigend aus. Studien zu süddeutschen Regionen finden sich nur vereinzelt im Literaturverzeichnis. Der Befund, dass die in Oberfranken lebenden Juden traditionsbewusster, sozial homogener und weniger mobil gewesen seien (S. 108), stimmt nicht mit den neueren Forschungen zu dieser Region überein. Auch die Auswanderung im Vormärz beschränkte sich nicht nur auf den deutschen Südwesten, sondern schließt auch Teile des Königreichs Bayern mit ein, wie das bekannte Beispiel des Buttenheimer Schutzjudensohns Levi Strauss zeigt. Dass der in Berlin geborenen Kurt Eisner (1867–1919) die „Volksrepublik“ Bayern gegründet haben soll (S. 125), erstaunt die bayerische Rezensentin, war sie doch bislang davon ausgegangen, dass der Sozialist Eisner nach dem Sturz des bayerischen Königs Ludwig III. im Jahre 1918 den Freistaat Bayern ausgerufen hat.

Trotz dieser kleinen Monita stellt Rürups Buch alles in allem eine anregende, gut verständliche Einführung in die gesellschaftliche Entwicklung der Deutschen jüdischen Glaubens dar.

MICHAELA SCHMÖLZ-HÄBERLEIN  
Bamberg

VSWG 105, 2018/4, 583–584

Patrick Schmidt

**Bettler, Kriegsinvaliden, Körpersensationen. Beeinträchtigte Menschen in printmedialen Diskursen des 17. und 18. Jahrhunderts**

(Disability History 5). Campus, Frankfurt am Main 2017, 549 S. (3 Abb.), 49,00 €.

Mit den Feststellungen, dass ihn die „Generalthese der Disability Studies, der zufolge Menschen in keiner Weise durch ihre Körper ‚behindert‘ sein, sondern ausschließlich aufgrund gesellschaftlicher Praktiken und Diskurse ‚behindert‘ werden können [...] nie gänzlich überzeugt“ (S. 10) habe, dass die Disability Studies zudem „im hohen Maße politisiert“ (S. 15) seien und ihm „das Ideal einer möglichst ‚werturteilsfreien‘ Forschung am Herzen“ (S. 10) liege, setzt der Autor – Historiker an der Universität Rostock – einen Ton, der aufhorchen und eine intensive Auseinandersetzung mit den mittlerweile auch in der deutschen Forschungslandschaft angekommenen Disability Studies und der aus ihr erwachsenen Disability History erwarten lässt.

In der Tat beschäftigt sich Patrick Schmidt im ersten Teil seiner Habilitationsschrift ausführlich mit dem Erkenntnisinteresse und den Methoden der Disability Studies, die „Behinderung“ vor allem als eine soziokulturell konstruierte und damit zeitgebundene und veränderliche Zuschreibung verstehen. Dabei diskutiert der Autor entlang der Kategorien von Natur und Kultur, von Erfahrung und Diskurs sowie von Konstanz und Historizität, um sich „vom beeinträchtigten Körper“ (S. 94) als „nur noch als von einem diskursiv hergestellten Gegenstand“ (ebd.), zu distanzieren.

Was bedeutet diese Setzung aber für eine Arbeit, die sich dem Phänomen von „Behinderung“ diskursgeschichtlich nähern will – noch dazu in einer bislang kaum erforschten historischen Ära? Diese „methodische Herausforderung“ (S. 126) löst letztlich das vorliegend ausgewertete und beeindruckende Quellenkonvolut – rund 1.000 Zeitungsberichte, Flugblätter aus dem englisch-

deutsch- und französischsprachigen Raum. So gab es noch kein „wirkliches Synonym für die heute geläufigen Termini ‚disability‘, ‚handicap‘ und ‚Behinderung‘“ (S. 129). Und: „Dem Reden und Schreiben über Beeinträchtigungen und beeinträchtigte Menschen im 17. und 18. Jahrhundert fehlten zudem andere zentrale Strukturmerkmale eines Diskurses“ (ebd.). Auch wenn die Voraussetzungen für „den einen Behinderungsdiskurs“ (S. 135) im 17. und 18. Jahrhundert (noch) nicht gegeben waren, so existierten gleichwohl Diskurse, in denen „Behinderungen“ thematisiert und diskutiert wurden. Am Beispiel „Armut und Armenfürsorge“, „außergewöhnlicher Körperlichkeit“, „Krankheit und Heilung“ und der Blinden- und Gehörlosenbildung dekliniert Schmidt die vier zeitgenössisch am weitesten verbreiteten Diskurse durch, in denen physische und sensorische Beeinträchtigungen abgehandelt und gesellschaftlich verhandelt wurden. In diesem Kapitel wird das über weite Strecken in sehr elaborierter Sprache verfasste Buch – bemerkenswerterweise attestiert Schmidt der „jungen Disziplin“ der Disability Studies einen gewissen Hochmut gegenüber „theoretisch weniger elaborierten Ansätzen“ (S. 102) –, sehr anschaulich und sehr klar. Es ist ein intellektuelles Vergnügen, sich vom Autor die zahlreich zusammengetragenen Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, Werbeanzeigen und Selbstzeugnisse zu „verkörperten Andersheiten“ beschreiben, zitieren und sodann quellenkritisch und kenntnisreich analysieren und diskursgeschichtlich einordnen zu lassen. Deutlich wird, dass die Diskurse der Vormoderne zwar durchaus ihrer Eigenlogik folgten und damit ein spezifisches Verständnis von „Behinderung“ kreierten, sie sich zugleich aber aus anderen Diskurszusammenhängen bedienten. Die Frage, ob Menschen mit Beeinträchtigungen in westlichen vormodernen Gesellschaften auf eine größere Integrationsbereitschaft und -fähigkeit trafen – „wie es in den Disability Studies und der Disability History gerne postuliert wird“, können die vorliegend ausgewerteten Quellen, so der Autor, nicht „eindeutig“ (S. 513) beantworten. Vielmehr sei von einem Spektrum von Ablehnung und Abscheu bis hin zu Akzeptanz und Toleranz von Menschen mit Beeinträchtigungen zu sprechen. Das vorliegende Buch erhellt die Begriffe von „Behinderung“, wie sie im 17. und 18. Jahrhundert gedacht, geformt und bewertet wurden und verkleinert damit eine Forschungslücke. Leider enthält das Buch nur drei Abbildungen, was wohl dem Umstand geschuldet ist, dass es sich um die Habilitationsschrift des Autors handelt.

ULRIKE WINKLER  
Trier

## D. Wirtschaftsgeschichte

VSWG 105, 2018/4, 584–586

Frederick Bacher

### **Eigenheim für alle? Die Landeskreditanstalten in Württemberg und Baden 1924 bis 1945**

Kohlhammer, Stuttgart 2018, 268 S. (18 Abb.), 65,00 €.

Der Historiker Frederick Bacher hat mit seiner umfassenden Studie zur Gründung und Entwicklung der Landeskreditanstalten in Württemberg (ab 1924) und Baden (ab 1934/35) eine höchst auf-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

schlussreiche Arbeit vorgelegt, die über die Tätigkeit der Anstalten hinaus nahezu die ganze Breite wohnungspolitischer Programme und Instrumente in den südwestdeutschen Ländern im Zeitraum von 1924 bis 1945 mit einbezieht. Die Landeskreditanstalten wurden als gemeinnützige Anstalten des öffentlichen Rechts geschaffen, die die Länder angesichts der allgemeinen Wohnungsnot und des gravierenden Kapitalmangels nach dem Ersten Weltkrieg in der Wohnungs- und Siedlungspolitik und insbesondere bei der Vergabe zinsgünstiger nachstelliger Hypotheken unterstützen sollten. Tatsächlich entwickelten sich die Landeskreditanstalten – auch wenn sie vor allem aufgrund ihrer zeitversetzten Gründungen im Einzelnen durchaus Unterschiede aufwiesen – zu erfolgreichen Instrumenten praktischer Wohnungs- und Siedlungspolitik, mit deren Hilfe im gesamten Zeitraum an die 100.000 Wohnungen errichtet werden konnten. Obwohl man sich auch in anderen Teilen des Reichs vielfach beispielhaft auf sie bezog, blieb ihre Einrichtung auf den Südwesten beschränkt.

Den besonderen Reiz der Studie von Bacher macht der Vergleich derartiger Einrichtungen sowohl in zwei unterschiedlichen Ländern als auch im Zeitvergleich zwischen der Weimarer Zeit und der NS-Zeit aus. Das auf einer beeindruckend breiten Quellenbasis fußende, durch die Landeskreditbank Baden-Württemberg (L-Bank) geförderte Projekt schließt – über das bisher lediglich aus einigen Festschriften und wenigen Aufsätzen Bekannte hinaus – eine bedeutende Forschungslücke. Dies ist umso wichtiger, da nun auch erstmals gezielt den möglichen direkten und indirekten Verstrickungen des gesamten Führungspersonals in die Verbrechen und Unrechtshandlungen des NS-Regimes im Detail nachgegangen werden konnte.

Die Ziele einer dezentralen, mit ländlichen Siedlungsformen verknüpften Siedlungspolitik und einer gezielten „Beheimatung“ und „Schollenbildung“ durch Eigenbau wurden von den Landeskreditanstalten finanziell und ideell forciert und standen in der Tradition der deutschen Heimatbewegung. Es ist von Bedeutung, dass diese Ziele zunächst mit der durch die Nationalsozialisten anfänglich verfolgten Großstadtfeindschaft und Kleinsiedlungspolitik durchaus kompatibel waren. Diesen Absichten wurde dann freilich nach 1933 durch die NS-Parteistellen, so Bacher, „ein rassenbiologisches Dach übergestülpt“ (S. 198) und politische Selektionskriterien bei der Siedlerauswahl ebenso wie bei der Kreditvergabe durchgesetzt. Dieser Entwicklung passte sich das Führungspersonal, das in Baden ohnehin überwiegend aus NSDAP-Mitgliedern bestand, bis auf wenige Ausnahmen ohne Widerstand an. Als besonders gravierend schätzt Bacher die von ihm an einem Karlsruher Beispiel dokumentierte Beteiligung der badischen Landeskreditanstalt an der „Arisierung“ von Immobilien im eigenen Interesse ein – ein Vorgang, in dem die Anstalt als „typischer Trittbrettfahrer“ (S. 178) „unmenschlicher Gesetze und Verordnungen“ fungierte. Die Landeskreditanstalten waren aber auch in die „Germanisierung“ des Elsass, in die Vorbereitungen für die Aussiedlung württembergischer Bauern für den ländlichen Aufbau der „neuen“ Ostgebiete oder auch die Unterbringung der ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen im Doggerzabbau (Blumberg) in der Kriegszeit involviert. Alles in allem kam das Führungspersonal der Anstalten ohne Zweifel keineswegs so unbelastet durch die NS-Zeit, wie man es nach dem Krieg gegenüber den Spruchkammern in den Entnazifizierungsverfahren vorgab. Dennoch gelang es fast allen Führungspersonlichkeiten, wie Bacher in seiner Auswertung der Quellen zeigt, mit einer Einstufung als „Mitläufer“ oder allenfalls der Zahlung eines geringen „Sühnegeldes“ davonzukommen. Angesichts der Bedeutung, die dabei die sog. „Persilscheine“ durch unbelastete Kollegen spielten, hätte man sich an dieser Stelle allerdings noch deutlichere Worte zu Problematik und Quellenwert der Entnazifizierungsakten gewünscht.

Insgesamt ist eine wichtige Schrift zur Geschichte der Wohnungsbaufinanzierung, zur Frage konzeptioneller und personeller Kontinuitäten in der Wohnungs- und Siedlungspolitik zwischen Weimarer und NS-Zeit sowie zur Regionalgeschichte des deutschen Südwestens entstanden, der über enge Fachkreise hinaus eine möglichst große Verbreitung zu wünschen ist.

TILMAN HARLANDER

Stuttgart

VSWG 105, 2018/4, 586–587

Hubert Bonin

**La France en guerre économique (1914–1919)**

(Publications d'histoire économique et sociale internationale 39). Droz, Genève 2018, 521 S. (83 Abb., 86 Tab.), 65,40 €.

Unter den vielen Publikationen, die in den letzten Jahren zur Geschichte des Ersten Weltkriegs erschienen sind, verdient das Werk von Hubert Bonin durch seinen neuen Blick auf die französische Kriegswirtschaft und durch seinen Quellenreichtum besondere Beachtung. Das zentrale Thema in Bonins Untersuchung ist die „économie mixte“, die seit September 1914 zur Steigerung der französischen Rüstungsproduktion organisiert wurde, eine enge Verflechtung von Staat und Unternehmen, an der bis 1917 auch die Sozialisten beteiligt waren.

Im ersten Teil seines Buches zeigt Bonin die enorme Ausdehnung der französischen Rüstungsindustrie. Im September 1914 wurden die Grundzüge der industriellen Mobilisierung beschlossen. Die deutsche Offensive hatte an der Marne aufgehalten werden können, aber die Beratungen standen noch unter dem Schock der Niederlagen, der furchtbaren Verluste an Toten und Verwundeten, und der Besetzung der nördlichen und nordöstlichen Regionen mit ihren wichtigen industriellen Ressourcen durch den Gegner. Das wirtschaftliche Potential Frankreichs sollte so intensiv wie nur irgend möglich mobilisiert werden, um die Armee mit Waffen und Munition auszurüsten. Um die Aktivitäten einer Vielzahl von großen und kleinen Unternehmen zu koordinieren, wurden zwei Systeme gebildet: Produktgruppen für die einzelnen Rüstungsprodukte wie Granaten, Artillerie, Maschinengewehre, Flugzeuge und anderes Material sowie regionale Gruppen, jeweils unter der Leitung der führenden Unternehmen einer Branche oder einer Region. Neben den großen Unternehmen wurden zahlreiche Betriebe als Zulieferer in die Rüstungsproduktion einbezogen, fertigten Standardprodukte wie Granaten oder Geschosse oder stellten die von anderen Unternehmen entwickelten Produkte in Lizenz her. Bonin zeigt die Eskalation des Schreckens: Geschütze und Granaten von ungeheurer Zerstörungskraft, Maschinengewehre, Flugzeuge, Giftgas, zuletzt Panzer, die von der französischen Armee in der Schlussphase des Krieges in großer Zahl eingesetzt wurden. Das Grundmotiv der verzweifelten Abwehr einer massiven Bedrohung blieb an der Front ebenso wie in der Rüstungswirtschaft bis zum letzten Kriegsjahr bestehen; erst im Sommer 1918 wendete sich die Situation.

In drei weiteren Teilen des Buches werden einzelne Aspekte der Kriegswirtschaft im Detail



untersucht, im zweiten Teil die Flugzeugindustrie, im dritten Teil die Kriegsfinanzierung, und im vierten Teil einige Aspekte des Handels und der Logistik. Die Zusammenarbeit von Staat und Unternehmen in der „*économie mixte*“ war eng mit der Rüstungsproduktion verbunden. Nach dem Krieg setzte sich in der Wirtschaftspolitik die Deregulierung als Leitbild durch. Zahlreiche Abbildungen und Tabellen ergänzen den Text.

Bonin verfolgt die Entwicklung der „*économie mixte*“ nicht nur auf der Ebene der staatlichen Planung, sondern vor allem auch auf der Ebene der einzelnen Unternehmen, gestützt auf zahllose Dokumente aus öffentlichen Archiven und Unternehmensarchiven. Das Werk hat auch für die deutsche Forschung exemplarische Bedeutung. Zwar nimmt die Zahl der Publikationen zur deutschen Wirtschaftsgeschichte in der Zeit des Ersten Weltkriegs allmählich zu, aber der Schwerpunkt ist, wie Werner Plumpe noch kürzlich festgestellt hat, trotz einzelner Ausnahmen die Organisation der Kriegswirtschaft.<sup>1</sup> Untersuchungen zur Realität der Rüstungsproduktion, zur Umstellung von Unternehmen auf die Rüstung oder zur Neugründung von Rüstungsbetrieben, zu den technischen Entwicklungen, zu neuen Verfahren der Massenproduktion und nicht zuletzt zur Finanzierung, sind bisher eher selten. Hier findet man in der Arbeit von Hubert Bonin viele Anregungen. Dem hervorragenden Werk ist daher eine weite Beachtung zu wünschen.

- 1 Werner Plumpe: Die Logik des modernen Krieges und die Unternehmen: Überlegungen zum Ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 56/2 (2015), S. 325–357.

GERD HARDACH  
Marburg

VSWG 105, 2018/4, 587–588

Hubert Bonin / Bertrand Blancheton

**Crises et batailles boursières en France aux XXe et XXIe siècles**

(Publications d'histoire économique et sociale internationale 38). Droz, Genf 2017, 488 S. (37 Abb.), 59,50 €.

Dieses Buch, geschrieben von einem Historiker und einem Ökonomen, widmet sich einerseits Börsenkrisen und andererseits so genannten Übernahmeschlachten zwischen börsennotierten Firmen („*batailles boursières*“) in Frankreich vom frühen 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Das Werk gliedert sich in fünf große Abschnitte, wobei lediglich der erste Teil, der die Chronologie der wichtigsten französischen Finanzmarktkrisen aus einer Makroperspektive nachzeichnet, von beiden Autoren verfasst ist, während die restlichen vier Abschnitte – und damit mehr als zwei Drittel des Buchs – allein aus der Feder Hubert Bonins stammen. Das Herzstück bildet der dritte Abschnitt, der die Übernahmeverhandlungen zwischen den Banken Société générale, Paribas und BNP (Banque Nationale de Paris) in den Jahren 1999–2000 aus den verschiedenen Perspektiven der an diesem Prozess beteiligten Akteure schildert. Nachdem die Société générale und Paribas sich damals zunächst einvernehmlich auf eine Fusion verständigt hatten, wurden sie von zwei parallelen Übernahmeangeboten der BNP überrascht, die die Gründung einer französischen Mega-Bank zum Ziel

hatten. Daraufhin entbrannte eine öffentliche Kampagne um die Zustimmung der Aktionäre zu den beiden konkurrierenden Fusionsplänen, in der es der BNP schließlich zwar gelang, die Mehrheit an Paribas zu erzielen, nicht jedoch an der Société générale, die ihre Unabhängigkeit verteidigen konnte. Sehr detailliert beschreibt Bonin dabei die Kommunikationsstrategien der Führungen der drei Banken sowie die Haltung von Politik und Aufsichtsbehörden, aber auch von Mitarbeitern und Aktionären. Der Historiker kann sich hierbei auf Zeitzeugenberichte stützen, die von Vertretern der Société générale offenbar bereits damals verfasst wurden, sowie auf Interviews mit weiteren Führungspersönlichkeiten der beteiligten Banken, die erst rückblickend 2015–2016 geführt wurden. Der zweite und vierte Abschnitt des Buchs rahmen diese Fallstudie ein, indem sie eine Chronologie der bedeutendsten Übernahmemanöver innerhalb der französischen Wirtschaft im 20. Jh. beziehungsweise frühen 21. Jh. liefern. Demnach setzte vor allem in den 1960er Jahren eine intensivere Fusionsbewegung ein, die mit dem Aufbau nationaler ‚Champions‘ verbunden war. Der letzte Teil des Buchs skizziert schließlich die Geschichte des Finanzplatzes Paris seit der Jahrtausendwende. Die übergeordnete These, die so nicht explizit formuliert wird, aber doch die disparaten Teile zu verbinden scheint, lautet, dass im Laufe des 20. Jh.s die Praxis einvernehmlicher Firmenfusionen von feindlichen und öffentlich ausgetragenen Übernahmeschlachten abgelöst wurde. Gleichzeitig aber, so eine zweite implizite These, liefen die französischen Übernahmeschlachten stets weniger „brutal“ ab, als es etwa zeitgleich in den USA der Fall war. Diese vermeintliche Besonderheit des französischen Kapitalismus wird jedoch eher suggeriert als systematisch herausgearbeitet. In Summe liefert das Buch damit durchaus spannende Details und Einsichten zu einem Thema, das von der Unternehmensgeschichte bisher noch wenig systematisch und in langfristiger Perspektive untersucht wurde.

Leider wird die Lektüre jedoch durch äußerst langatmige Zitate aus Quellen und Literatur sowie eine unsorgfältige formale Gestaltung gestört. Besonders negativ fällt hierbei das Fehlen eines Abkürzungsverzeichnisses auf, was dem Leser die Orientierung mitunter erschwert, zumal viele Kürzel auch im Fließtext nicht aufgelöst werden. Zudem überrascht es, dass ein Buch über Firmenübernahmen im Index nur Personen- und keine Firmennamen aufführt. Überhaupt ergibt sich der Eindruck eines eher flüchtig zusammengestellten Manuskripts, was mitunter zu Redundanzen und Inkonsistenzen in der Darstellung führt. Dies mag auch daran liegen, dass ein ursprünglich geplantes, umfangreicheres Publikationsprojekt zur französischen Finanzgeschichte im 20. Jh. offenbar scheiterte (S. 11). So erklärt sich vielleicht auch, warum die im ersten Abschnitt vorgenommene Analyse der Börsenkrisen für die anschließende Darstellung der Übernahmeschlachten keine Rolle mehr spielt. Am Ende einer sehr detailgesättigten Beschreibung zahlreicher französischer Firmenübernahmen stehen schließlich lediglich knapp drei Seiten allgemeines Fazit.

MICHAEL BUCHNER  
Saarbrücken



VSWG 105, 2018/4, 589–590

Matthias Georgi

**Voith. 150 Jahre deutsche Wirtschaftsgeschichte**

Siedler, München 2017, 256 S., 20,00 €.

Der Firmenname Voith mag, zumindest abseits der Schwäbischen Alb, nicht allzu geläufig sein, gleichwohl zählt der Heidenheimer Maschinenbauer zu jenen oft zitierten *hidden champions*, die weltweit führend in ihren Branchen und Segmenten sind – in diesem Falle von der deutschen Papiermaschinenherstellung bis zum Turbinenexport für chinesische Hochgeschwindigkeitszüge. Anlässlich des 150-jährigen Jubiläums hat die Eigentümerfamilie eine Festschrift in Auftrag gegeben.

Auf rund 200 anschaulich geschriebenen, reich bebilderten Seiten schildert Georgi Voiths Geschichte als klassischen unternehmerischen Bildungsroman. Seinen Anfang nimmt dieser im frühen 19. Jh. mit der Schlosserei Johan Caspar Voiths und seines Sohns Johann Matthäus. Die Voiths zählten zur Prominenz der örtlichen Handwerkerschaft, und dass Johann Matthäus' Sohn Friedrich nicht nur eine Lehre, sondern auch Latein- und Realschule sowie vier Jahre Polytechnikum in Stuttgart absolvierte, verweist auf höhere Ambitionen.

Die erste große Weichenstellung erfolgte mit dem Einstieg in den Bau von Maschinen zur Papiererzeugung. Vor dem Hintergrund des rapide wachsenden Bedarfs an bedruckbarem Papier im 19. Jh. und der Umstellung von Textil- zu Holzfasern fertigte Voith seit den 1850er-Jahren Holzschleifer und eröffnete sich einen überregionalen Markt. Unter Friedrich Voiths Ägide ab 1867, mit der die Firma ihre eigentliche Gründung verbindet, beschleunigte sich das Wachstum. Neben der expandierenden Schleifmaschinenherstellung wurden Turbinen zum zweiten Standbein und trugen die Fabrik durch die Gründerkrise. Voith setzte dabei sowohl auf die Rekrutierung qualifizierter Ingenieure als auch auf die Professionalisierung ihrer Arbeitsbedingungen, unter anderem durch neue Versuchsanstalten. Zu Beginn des 20. Jh.s errichtete die Firma eines der ersten europäischen Pumpspeicherkraftwerke und lieferte Turbinen für das kanadische Wasserkraftwerk an den Niagara-Fällen. Von gerade einmal fünf Beschäftigten 1825 war die Belegschaft bis 1908 auf rund 1.600 angewachsen.

Zur selben Zeit professionalisierte Friedrich Voith die Unternehmensleitung und berief 1904 ein Direktorium, das nicht nur Familienmitglieder versammelte. Gleichwohl sollten die drei Söhne Walther, Hermann und Hanns – zwei von ihnen promovierte Ingenieure beziehungsweise Juristen – die Firma führen, als Friedrich 1913 hochgehört mit Ehrenbürger-, Doktor- und Kommerzienratswürden verstarb. Unter ihrer Leitung ging Voith durch die beiden Weltkriege, in denen Abstriche in der traditionell zivilen Produktpalette durch Rüstungsfertigung und Zulieferung etwa zur Ersatzstoffherstellung kompensiert wurden. Wenngleich die Familie nach 1933 nicht zu den prominenten Parteigängern zählte, war die Firma Georgi zufolge gleichwohl weit davon entfernt, „ein Hort des Widerstands“ (S. 90) zu sein. Der Abschnitt zum Zwangsarbeitereinsatz im Zweiten Weltkrieg zeichnet ein vertrautes Bild geringer moralischer Bedenken und die lakonische Zwischenüberschrift „In Heidenheim geht es weiter“ (S. 111) klingt unternehmenshistorisch vertraut.

Nach 1945 waren es Hanns Voith und der kaufmännische Direktor Hugo Rumpf, die das Unternehmen rasch wieder auf die Weltmärkte zurückführten. Seit 1950 als GmbH organisiert, profitierte

Voith vom Turbinenbedarf der Bundesbahn ebenso wie von der stetig steigenden Papiernachfrage, und hier waren es vor allem Innovationen beim Altpapierrecycling, die Voiths Wachstum beflügelten. In den 1960er Jahren stellte das Unternehmen immer wieder Leistungsrekorde bei Zeitungspapiermaschinen auf, übernahm zudem Spezialpapiermaschinen- wie auch Kunststofffasermaschinenhersteller und erreichte 1970 einen Umsatz von annähernd einer halben Milliarde DM. Der Aufstieg zu den vier größten Papiermaschinenherstellern gelangte seit Ende der 1980er Jahre aber an seine Grenzen. Erst ein gesättigter Markt und ab den späten 2000er Jahren die rückläufige Entwicklung der Papiernachfrage führten unter Leitung Michael Rogowskis zu einer Konsolidierung der Papiersparte sowie einer Neuausrichtung auf digitale Angebote. Wie erfolgreich dieser Umbau des zwischenzeitlich unter den beiden verbliebenen Familienzweigen aufgeteilten Unternehmens sein wird, muss indes offenbleiben.

Georgi erzählt die Familien- und Firmengeschichte empirisch solide, wenngleich konventionell. Am stärksten ist sein Buch, wenn es um technische Innovationen und Managemententscheidungen geht; biographische wie auch sozial- und kulturhistorische Aspekte bleiben indes blass. Platz für kritische Zwischentöne – nicht nur obligat beim Thema Zwangsarbeit, sondern auch mit Blick auf jüngere Projekte wie Voiths Beteiligung am chinesischen Drei-Schluchten-Damm – findet sich gelegentlich, wenngleich der Duktus der Erfolgsgeschichte dominiert. Die einleitend bewunderte „Ingenieurskunst von der Ostalb“ und die Beobachtung, „wenn ein Unternehmen einen solchen runden Geburtstag feiern kann, dann muss es in seiner Historie vieles richtig gemacht haben“ (S. 9) geben den Ton vor; Irrtümer und Fehlentscheidungen sind Mangelware. Dass der Anhang die Festreden der Jubiläumsfeier versammelt, fügt sich da ins Bild, mag aber als Quellensammlung noch willkommene Verwendung finden.

KIM CHRISTIAN PRIEMEL  
Oslo

VSWG 105, 2018/4, 590–592

Marcin Piątkowski

**Europe's Growth Champion. Insights from the Economic Rise of Poland**  
Oxford U. P., Oxford 2018, 364 S. (118 Abb., 18 Tab., 13 Infoboxen), 69,64 €.

Wer sich mit der Wirtschaftsgeschichte Polens beschäftigen möchte, hat es nicht leicht. Insbesondere Überblicksdarstellungen in Monographieform sind rar gesät. Wenn es sie dann doch gibt, sind sie meist in polnischer Sprache. Zwar liegen Übersetzungen vor, doch ist das jüngste Werk zu Polen 1985 erschienen (Zbigniew Landau / Jerzy Tomaszewski: *The Polish Economy in the Twentieth Century*. London 1985), womit beinahe die letzten vier Jahrzehnte nicht abgedeckt werden. Schon aufgrund dieser Sachlage ist die Arbeit von Marcin Piątkowski mehr als willkommen. Der Ökonom der Weltbank hat seine Untersuchung der Frage gewidmet, wie es Polen nach beinahe 1000 Jahren schwacher Wirtschaftsleistung schaffte, zum Wachstumseuropameister zu werden.

Das Buch steht in der Tradition von Acemoglu und Robinson, die sich in mehreren Publika-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

tionen ebenfalls der Frage stellten, weshalb manche Länder reich und andere arm sind. Zusammengefasst liegt ihrem Modell die Annahme zugrunde, dass Strukturen und allgemein akzeptierte Regeln und Handlungsweisen notwendig sind, die allen Mitgliedern einer Gesellschaft Zugang ermöglichen (inklusive Institutionen). Ist das – wie meist in der Geschichte der Menschheit – nicht der Fall, verharrt man in einem Zustand, in der eine kleine Gruppe exklusiven Zugang zu Ressourcen und erwirtschaftetem Vermögen hat. In diesem Gleichgewichtszustand hat diese privilegierte Gruppe keinerlei Interesse, ihre Vorrangstellung aufzugeben. Es dominieren also *extrahierende* Institutionen. Marcin Piątkowski erweitert dieses Modell um den Faktor „Kultur“. Nur wenn die Kultur die Institutionen der inklusiven Gesellschaft stützt, kann der Übergang zum nachhaltigen Wachstumspfad gelingen.

Piątkowski widmet sich dann im zweiten Kapitel der Aufgabe zu zeigen, dass selbst während Polens mutmaßlichen „goldenen Zeitalters“ im 16. und 17. Jh. eine Gesellschaftsform dominierte, in der der Adel jeglichen Übergang zu einer inklusiven Gesellschaft mangels Anreiz unterband. Dass Polen dann während der Transformation ab 1989 doch seine Wachstumsreserven entfesselte, lag – und das ist die entscheidende Pointe – am Kommunismus. Dieser habe trotz all seiner Mängel den einen entscheidenden Vorzug gehabt, dass er eine Gesellschaft schuf, in der die alten Eliten marginalisiert und abgeschafft wurden. Damit wurde der fruchtbare Boden geschaffen, auf dem die Wirtschaftspolitik von Leszek Balcerowicz (Ministerpräsident 1989–1991) und anschließend Grzegorz Kołodko (Ministerpräsident 1994–1997) gedeihen konnte.

Das Buch ist argumentativ plausibel, wenn auch trotz der umfassenden theoretischen Ausführung zu Beginn nicht immer zwingend. Der Autor schreibt nämlich – so lässt sich der Text auch interpretieren – eine Modernisierungsgeschichte, die die westlichen Werte und Institutionen als Königsweg zu langanhaltendem Wachstum setzen. Polen sei es gelungen, diesen Übergang nach 1989 am besten zu gestalten. Dreh- und Angelpunkt ist die These, dass die hohe Geschwindigkeit beim Übergang zum Kapitalismus entscheidend dazu beitrug, dass keine Interessengruppe den Wandel hin zur inklusiven, kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft konterkarieren konnte. Die Monographie ist trotz aller argumentativen Plausibilität nicht immer leicht lesbar. Das liegt unter anderem am Duktus, der sich häufig am unteren Ende der Wissenschaftlichkeit bewegt. Sätze wie „Americans live to work, while Europeans work to live“ (S. 119), „As a European, certain things – paying bribes, cutting corners, distrusting others – one just does not do“ (S. 254) oder „Poland will never catch up with the West if all Poles do not contribute“ (S. 299) irritieren. Hinzu kommen die Lobpreisungen: Wenn Kołodko im Buch als „Held der polnischen Wirtschaft“ bezeichnet wird, ist es wenig überraschend, dass er sich positiv über das Werk äußert. Auch Acemoglus Lob wundert vor dem Hintergrund des methodischen Ansatzes des Buches kaum.

Piątkowski nimmt damit eine Position ein, die derjenigen jüngerer polnischer Publikationen diametral entgegensteht. Andrzej Karpiński et al.<sup>1</sup> zeigten kürzlich, dass die Modernisierung seitens des Kommunismus allein in der Schaffung von Unternehmen mit vergleichsweise hohem Anlagekapital bestand. Dass der Kommunismus irgendeinen Modernisierungsbeitrag leistete, hat Wojciech Musiał<sup>2</sup> vehement bestritten und im Gegensatz dazu dem Polen der Zwischenkriegszeit einige Erfolge bescheinigt. Piątkowskis Monographie ist daher, das muss klar hervorgehoben werden, ein wichtiger Debattenbeitrag, vielleicht der bisher wichtigste zur polnischen Nachkriegswirtschaft.

Durch seine persönliche Perspektive beinhaltet das Buch auch konkrete wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen; nicht alle dürften in Polen mehrheitsfähig sein. Er empfiehlt angesichts

der prognostizierten Entwicklungen der Nachfrage nach Arbeitskraft ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ (S. 310). Auch ist sein Lob der Europäischen Union beinahe enthusiastisch, weshalb er anregt, dass sich Polen an die Spitze der Integrationsbewegung stellen solle. An dieser Stelle dürfte sich bei den Lesern der größte Widerspruch ergeben: Der Autor erwähnt zwar die jüngsten Eskapaden der polnischen Regierung, ist aber trotzdem optimistisch, dass Polen eine gezielte Einwanderungspolitik, höhere Steuern zur Gestaltung des Übergangs zu innovationsgetriebenem Wachstum und eine Forcierung der europäischen Integration anstreben wird. Das wird nicht jeder so sehen. Und trotzdem sollte das Buch zur Pflichtlektüre polnischer Regierungen werden. Piątkowski lässt nämlich keinen Zweifel daran, dass die EU, der Welthandel und die generelle Westorientierung Polens einen kaum zu unterschätzenden Anteil am Erfolg haben.

- 1 Andrzej Karpiński / Wiesław Żółtkowski / Paweł Soroka / Stanisław Paradysz: *Od uprzemysłowienia w PRL do deindustrializacji kraju. Losy zakładów przemysłowych po 1945 roku*. Warsaw 2015.
- 2 Wojciech Musiał: *Modernizacja Polski. Polityki rządowe w latach 1918–2004*. Toruń 2013.

YAMAN KOULI

Paris

VSWG 105, 2018/4, 592–593

Julia Schnaus

**Kleidung zieht jeden an. Die deutsche Bekleidungsindustrie 1918 bis 1973**

(Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Beihefte 20). De Gruyter, Berlin u. a. 2017, 401 S. (65 Abb., 44 Tabellen), 94,95 €.

Textilien deutscher Markenhersteller wie Adidas, Hugo Boss oder Esprit sind aus dem Alltag vieler Konsumenten kaum wegzudenken. Doch kaum ein in Deutschland entworfenes Kleidungsstück wird auch hierzulande produziert. Große und mittelständische Anbieter greifen gleichermaßen auf weltumspannende Lieferketten zurück. Die arbeitsintensive Bekleidungsindustrie ist heute, nach einem Jahrhundert permanenten Strukturwandels, globalisierter denn je.

Julia Schnaus zeichnet in ihrer Dissertation das Auf und Ab der (west-)deutschen Bekleidungsindustrie im 20. Jh. nach. Ihre Studie ist chronologisch angelegt: Nach einem Rückblick auf die Bekleidungsherstellung im 19. Jh. folgt die Darstellung der Branchenentwicklung in Weimarer Republik, Nationalsozialismus und früher Bundesrepublik. Die Krise der 1970er Jahre bildet den Endpunkt ihrer Untersuchung. In drei Fallstudien zeigt Julia Schnaus zudem, wie die bis heute erfolgreich am Markt agierenden Unternehmen Valentin Mehler AG, die Triumph International AG und C & A Brenninkmeyer mit den wirtschaftlichen Herausforderungen des 20. Jhs. umgingen.

Anders als die früh industrialisierte Textilproduktion war die Bekleidungsindustrie in Deutschland lange Zeit handwerklich geprägt. Kleine und mittelständische Betriebe, die ihrem überwiegend weiblichen Personal Niedriglöhne zahlten, prägten die Branche. Auf Preis- und Absatzenschwankungen reagierten viele BekleidungsHersteller in der Weimarer Republik mit Vorwärts- und Rückwärtsintegration. Berlin entwickelte sich in dieser Zeit zum deutschen Zentrum für Damen-



oberbekleidung. Das nationalsozialistische Regime führte mit rigiden Preisvorgaben und Rohstoffzuteilungen, der Zwangsstillegung von Kapazitäten und dem Abzug von Facharbeitern während des Zweiten Weltkriegs einen Bruch herbei. Die Bekleidungshersteller reagierten, indem sie Teile der Produktion in das besetzte Osteuropa verlagerten, jüdische Konkurrenzunternehmen „arisieren“, Zwangsarbeiter rekrutierten und Wehrmächtsaufträge übernahmen. Die Erfahrung aus der Massenproduktion von Uniformen verhalf der Fließbandfertigung nach 1945 zum Durchbruch. Im Ausgleich für den Verlust ostdeutscher Produktionsstätten entstanden im strukturschwachen ländlichen Raum des Ruhrgebiets und Bayerns neue Standorte. Knappe Arbeitskräfte konnten dort zu geringeren Lohnkosten rekrutiert werden. Der Boom auf dem westdeutschen Anbietermarkt währte aber nur kurz. Ende der 1950er Jahren gerieten die Preise durch Überproduktion und wachsende Bekleidungsimporte unter Druck. Viele westdeutsche Bekleidungsproduzenten begannen, die Fertigung angesichts steigender Lohnkosten in das Ausland zu verlagern. Die Strukturkrise, welche die Branche in den 1970er Jahren mit voller Wucht traf, überlebten nur wenige größere und spezialisierte Anbieter. Diese ließen in Form passiver Lohnveredlung im Ausland produzieren.

Julia Schnaus' stark quantitativ argumentierende Langzeitstudie liefert ein anschauliches Bild der (west-)deutschen Bekleidungsindustrientwicklung. Erstmals ausgewertete Archivfunde aus dem Ghetto Litzmannstadt zeigen, dass dort nicht, wie bislang angenommen, Wehrmachtuniformen hergestellt wurden. Vielmehr dominierten private Aufträge. Dieser Befund bereichert die unternehmenshistorische Diskussion um Strukturen der NS-Wirtschaft. Während die Wirkung politischer Entscheidungen auf unternehmerische Strategien deutlich herausgearbeitet wird, bleibt die Rolle der Konsumentenwünsche für strategische Anbieterentscheidungen etwas unterbelichtet. Das Beispiel des Unterwäscheherstellers Triumph International zeigt, dass innovatives Marketing den Erfolg auf dem zunehmend kompetitiven Nachfragemarkt der Bundesrepublik durchaus sichern konnte. Marktforschung und systematische Werbung waren in der westdeutschen Bekleidungsindustrie bis in die 1970er Jahre allerdings kaum verbreitet. Warum die Branche eher „reaktiv als aktiv“ (S. 370) agierte, bleibt offen. Es ist wohl auch der prekären Quellenlage geschuldet, dass die Autorin ihre Argumentation in den Fallstudien überwiegend auf Unternehmenschroniken stützt. Der Erkenntnisgewinn für eine kritische Unternehmensgeschichtsschreibung mag dadurch geschmälert werden. Als material- und kenntnisreiche Branchenstudie füllt das Buch aber eine Forschungslücke. Für alle, die künftig zur Bekleidungsindustrie forschen, ist diese Studie eine hilfreiche Referenz.

SILKE FENGLER

Marburg

